

GENERALREDEN

ÖVP

Gemeinderat Peter M a y r

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, des Gemeinderates, verehrte Damen und Herren des Magistrates, der Verwaltung und liebe Zuschauerinnen und Zuschauer!

Ich möchte zunächst einmal den Konnex herstellen mit der Zeit, in der wir uns befinden, mit dem Advent. Mit der Budgetrede des Finanzstadtrates erreicht das politische Jahr traditionellerweise zum Abschluss einen sehr wichtigen Höhepunkt. Dieser Termin, meist im Advent, knapp vor Weihnachten und dem Jahreswechsel, ist für uns alle - unabhängig vom politischen Geschehen - eine besondere Zeit und hat natürlich eine besondere Symbolik. Aller berechtigten Kritik zum Konsum zum Trotz in dieser Zeit schärft sie doch bei den meisten von uns den Blick auf das Wesentliche: Den Wert der familiären und anderen persönlichen Beziehungen, religiöse und andere Lebenswurzeln bekommen ihre Bedeutung und es fällt auch schwer, den Blick vor den gesellschaftlichen Entwicklungen und den damit verbundenen individuellen Lebensschicksalen zu verschließen.

Ein Finanzminister aus den 70er-Jahren hat einmal gesagt, das Budget ist ein Schicksalsbuch und damit gemeint, dass bei aller Technokratie eines Budgets natürlich damit auch in persönliche Lebenssituationen unserer Bürgerinnen und Bürger eingegriffen wird.

Eine besondere Verantwortung kommt daher dem Budget zu und ein Budget, das in Verantwortung auch für die nächsten Generationen erstellt wird, hat daher natürlich seine besondere Bedeutung. Niemand kann angesichts des bevorstehenden

Jahreswechsels daran vorbei, eine Bilanz über das abgelaufene Jahr zu ziehen und Vorsätze, Vorhaben und Projekte für das kommende Jahr zu entwickeln.

Zum bevorstehenden neuen Wirtschaftsjahr fallen diese Überlegungen natürlich auch auf Seite der Politik und Verwaltung an. Ein neues Jahr ist allerdings kein komplett neuer Anfang, denn jede Zukunft hat eine lange Vergangenheit, das konnten wir schon im Talmud lesen.

Zunächst daher einmal zu den Voraussetzungen, auf denen die Stadt Graz ihr Budget bauen kann. Neben den Rahmenbedingungen, die von den übergeordneten Gebietskörperschaften und der Wirtschaftsentwicklung vorgegeben werden, hat die Stadt Graz in den letzten Jahren sehr verantwortungsvoll Ihr Budget gesteuert, sich vor allem nach dem Tiefpunkt der Wirtschaftskrise wieder sofort auf einen soliden Konsolidierungskurs begeben, sodass wir nicht zu Hau-Ruck-Budgetsanierungen mit allen negativen Implikationen gezwungen sind (*Applaus ÖVP*).

Parallel dazu hat die städtischen Finanzverwaltung- und -politik in den letzten Jahren sehr konsequent neue Steuerungsinstrumente implementiert, die wesentliche Verbesserungen, vor allem auch hinsichtlich der städtischen Tochterunternehmungen gebracht haben. Eckwertbudgetierung und die konsolidierte Sicht auf die Finanzsituation des Hauses Graz sind, und das muss man ja sagen, auch international herzeigbare Erfolge (*Applaus ÖVP*).

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war 2003 das erste Mal im Kontrollausschuss, und jene Kolleginnen und Kollegen, die damals mit dabei waren, Harald Korschelt zum Beispiel kann sich sicher noch erinnern, wie wir uns beim Jahresabschluss durch den Wust der kameralen Zahlen gearbeitet haben. Das ist eine ganz andere Transparenz gewesen, nämlich eine kaum wahrnehmbare Transparenz zu dem, was wir heute haben. Ich möchte mich an dieser Stelle wirklich ganz außerordentlich bei den politisch Verantwortlichen, die das ermöglicht haben, aber natürlich auch in erster Linie bei unserer Finanzverwaltung, der Finanzdirektion und auch dem Rechnungshof, der das wirklich auf Schiene gebracht hat in den letzten Jahren, bedanken. Es ist ein enorm wichtiger Beitrag für die finanzielle Sicht auf das Haus Graz und die Budgetkonsolidierung (*Applaus ÖVP*).

Stillstand bedeutet Rückschritt, wissen wir alle und nur mit einem Reformwillen lassen sich die Zukunftsherausforderungen bewältigen. Das Strukturprojekt Haus Graz ermöglicht nicht nur, wichtige Synergiepotenziale bestmöglich zu nutzen, sondern auch die Steuerung aller wirtschaftlichen Belange unter einem Dach.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Graz haben in den letzten Jahren ganz wesentlich zur Bewältigung der budgetären Herausforderungen beigetragen und leisten auch in der aktuellen Umstrukturierungsphase des Haus Graz Hervorragendes (*Applaus ÖVP*). Ich möchte mich an dieser Stelle auch namens der Politik, namens unserer Fraktion ganz außerordentlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt, der Beteiligungen bedanken, die gerade in diesem Jahr und auch im kommenden Jahr ein enormes Arbeitspensum im Zuge der Umstrukturierung und der Neugestaltung des Hauses Graz zu erledigen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle schätzen heute elektronisches Kartenmaterial, ob wir das über das Internet nutzen, über andere Zugänge, und erleben dabei oft ganz neue Sichten, wenn wir sozusagen aus dem Weltraum bis zu einem Kanaldeckel zoomen können. Leider sind wir in der alltäglichen politischen Diskussion sehr oft auf dem Zoomniveau eines Grashalms, und Gelegenheiten wie heute das Budget, bieten uns wieder die Möglichkeit, einen weiteren Blick zu schauen. Das Budget der Stadt ist heute mehr denn je in ein komplexes System von Finanzausgleichen eingebettet, das sich von der europäischen Ebene bis auf die regionale Ebene zieht.

Oft sind die geschlossenen Vereinbarungen so komplex, dass kaum jemand wagt, bestehende Regelungen aufzubrechen. Siegfried Nagl ist es gelungen, die jährliche Anpassung der Ertragsanteile des Bundes an die Bevölkerungszahl zu erreichen. Die Stadt Graz als Landeshauptstadt und wirtschaftlicher Zentralraum ist aber nicht nur Empfänger, sondern auch Geber innerhalb eines regionalen Ausgleichs, bei dem leider zunehmend weniger die erbrachten Leistungen, die wir für nahezu 450.000 Menschen in diesem Großraum erbringen, berücksichtigt werden.

Auch in diesem Zusammenhang stehen wir vor zwei Herausforderungen. Wie bewältigen wir den zu erwartenden Zuzug von mehreren zehntausend Personen in

den nächsten 20 Jahren und welche Leistungen kann und soll die Stadt in Zukunft erbringen?

Dass Budgetdefizite zunehmend über darunterliegenden Gebietskörperschaften abgedeckt werden, sei es durch die Übertragung immer neuer Aufgaben ohne die entsprechende Finanzierung oder die fehlende Mitfinanzierung für wesentliche, oft aber nicht gesetzlich vorgegebene Aufgaben der Stadt, ist eine falsche Entwicklung.

Ist uns zum Beispiel bewusst, dass der öffentliche Verkehr eine wesentliche, eine unabdingbare Aufgabe der Stadt verfassungsmäßig eigentlich uns gar nicht aufgetragen ist, also eigentlich eine freiwillige Leistung der Stadt, wir in diesem Bereich aber jährlich dutzende Millionen als Leistung für unsere Bürgerinnen und Bürger und für die Lebensqualität in dieser Stadt liefern, die Gebietskörperschaften über uns aber sich zunehmend aus der Verantwortung entziehen? Stadtrat Rüschi hat darauf einige aktuelle Diskussionen bereits hingewiesen.

Stadtentwicklung wird auch im kommenden Jahr ein Schwerpunkt im politischen Geschehen der Stadt darstellen. Nach der professionellen Vorbereitung des Stadtentwicklungskonzeptes 4.0 beginnt nun die Endredaktion der Entwurfsvorlage und wir haben bereits einen konkreten Zeitplan für die öffentliche Diskussion und Beschlussfassung dieses Raumordnungsrahmens, der dann unmittelbar in den Abschluss der Revision des Flächenwidmungsplanes münden wird. Daneben laufen so wichtige Konzeptarbeiten wie das Verkehrskonzept 2020, das kommunale Energiekonzept bis hin zu Bezirksentwicklungskonzepten, dem Dichtedialog etc. Die Stadtplanung, die Stadtbaudirektion, die Stadtplanung unter ihrem neuen Leiter Arch. Schöttli wird hier ein enormes Tempo im kommenden Jahr vorgeben und wir haben hier wirklich sehr spannende und wesentliche politische Entscheidungen zu erwarten.

Der Stadt Graz, mit ihrem Umland die am stärksten wachsende Region Österreichs, bietet sich außerdem eine Jahrhundertchance im Bereich der Stadtentwicklung durch den möglichen Ankauf des Areals Reininghaus, inklusive des Areals der Hummelkaserne, wo wir ja bereits Beschlüsse gefasst haben. Nur wenigen Städten in

Europa stellt sich durch das Freiwerden von alten Industrie- oder Gewerbegebieten die Chance einer zukunftsweisenden Stadtteilentwicklung dieser Größenordnung. Nutzen wir diese einmalige Chance im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung als Wirtschafts-, Bildungs- und Wohnstandort und bieten wir den zuziehenden zukünftigen Grazerinnen und Grazern diese Chance (*Applaus ÖVP*).

Gerade der Wohnbau steht mit Energieeffizienz, Wohnformen für alle Generationen etc. vor großen Herausforderungen, nicht zuletzt auch bei der Finanzierung und den Förderungs- und Beihilfensystemen. Das Land Steiermark ist aufgefordert, einen seiner wichtigsten Kompetenzbereiche verantwortungsvoll zu nutzen, Einsparungen nicht über einen Kamm zu scheren, sondern intelligent Schwerpunkte zu setzen. Wir erwarten uns diese Schwerpunkte natürlich auch zu den entsprechenden Projekten in Graz.

Keine funktionierende Stadtentwicklung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind ohne Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern möglich. Mir persönlich ist eine niederschwellige Beteiligungsmöglichkeit politisch, aber auch als Bürger dieser Stadt enorm wichtig, sei es durch Strukturen wie die Bezirksräte, die Gebietsbetreuung oder die Unterstützung von Initiativen.

Das Projekt Zeit für Graz, das von Stadtrat Rüscher vor mehreren Jahren ins Leben gerufen wurde, hat allen Unkenrufen der Opposition zum Trotz eine nachhaltige Entwicklung der Grazer Bürgerbeteiligung ausgelöst.

Dank eines unermüdlichen Engagements der Gruppe Mehr Zeit für Graz und des Grazer Beirates für BürgerInnenbeteiligung und des zuständigen Ressortchefs Bürgermeister Nagl sind viele Projekte von Zeit für Graz nun in eine strukturierte Umsetzung inklusive Budgetierung gekommen (*Applaus ÖVP*). Ich möchte mich an dieser Stelle auch ganz herzlich bei der Arbeit des BürgerInnenbeirates, des Beirates für BürgerInnenbeteiligung bedanken, auch bei allen engagierten in der Gruppe Mehr Zeit für Graz, die eine sehr lebendige, aber auch eine sehr sachliche Diskussion mit der Politik führen und hier wirklich eine großartige Arbeit leisten (*Applaus ÖVP*).

Das ist ein wesentlicher Bereich, aber ebenso wichtig ist eine strukturelle Verbesserung der Bürgerbeteiligung in vielen wichtigen Planungsangelegenheiten.

Aus einigen schlechten Erfahrungen der letzten Jahre lernend, entwickeln die zuständigen Abteilungen und Referate der Stadtbaudirektion neue Strategien, die schon in den bevorstehenden Raumordnungsverfahren und Bebauungsplanungen Fortschritte bringen werden. Das rechtzeitige Einbinden aller Interessen bei einer Projektentwicklung bringt raschere Verfahren, mehr Planungssicherheit und somit einen Gewinn für alle Beteiligten.

Neben BürgerInnenbeteiligung in Projekten fordern Grazerinnen und Grazer auch vollkommen zu Recht mehr Möglichkeiten im Bereich der direkten Demokratie. Die wichtige Initiative von Bürgermeister Nagl sollte daher nach einer umfassenden Diskussionsphase zügig und im breiten Konsens beschlossen werden (*Applaus ÖVP*).

Mit dem in dieser Gemeinderatssitzung zu beschließenden Fachbeirat geht die Stadtentwicklung in Graz auch neue Wege der Qualitätssicherung und Konfliktlösung. Eine erfolgreiche Projektbeteiligung wurde zum Beispiel auch musterhaft bei der Neugestaltung der Annenstraße angewandt.

Nur ein Projekt im Bereich der Schwerpunktsetzung von stadtentwicklungsrelevanten großen Verkehrsprojekten, wie dem Nahverkehrsknoten, den Ankäufen von neuen Straßenbahnen und Bussen, den Planungen für den Meduni-Campus, ein ganz entscheidender Standortfaktor auch für Graz, der neuen Nord- und Südwestlinie inklusive Innenstadtentlastung und Erschließung des Reinighausareals, die Planung, Umsetzung und dem Bau von Geh- und Radwegen etc.

Die Verkehrspolitik setzt also auch in diesem Budget wieder Schwerpunkte bei der Infrastruktur trotz Eckwertreduktion. Wie in der Bildungsdebatte sind auch der Debatte um die Verkehrspolitik leider oft ein paar ideologische Überfrachtungen im Wege. Dabei folgt die Stadt Graz seit mehr als zwanzig Jahren einer erfolgreichen auf die knappen Ressourcen einer gewachsenen Stadt Rücksicht nehmenden Politik der sanften Mobilität. Der Schutz der Schwächeren, Lebensqualität und Ökologie bei bestmöglicher Mobilität sind dabei ein sachpolitischer klarer Auftrag und in Wirklichkeit ein breiter Konsens.

Die österreichischen Zentralräume, ausgenommen Wien muss man sagen, dabei mit den notwendigen Infrastrukturkosten alleine zu lassen, kann weder bundes- noch landespolitisch ein kluger Weg sein (*Applaus ÖVP*).

Die grundlegenden städtischen Aufgaben, die Infrastruktur zu erhalten und zu verbessern, spiegeln sich in den Investitionen des Hauses Graz vom Bereich Wasserversorgung bis zur Abwasserentsorgung, von den Schulbauten, den Investitionen der GGZ, bei den Feuerwehr-Fahrzeugen bis hin zu Wohngebäuden, der IT-Infrastruktur und der Straßenerhaltung wider, Stadtrat Rüschi hat es schon angeführt, 450 Millionen Euro bis 2015 und allein 150 Millionen im Investitionsschwerpunkt des kommenden Jahres.

Wichtige Infrastrukturinvestitionen werden in Zukunft wieder zunehmend aus einem Überschuss des laufenden Betriebes finanziert und führen dazu, dass sich der Schuldenstand auf einem volkswirtschaftlich vertretbaren Niveau einpendelt, das eine gerechte Verteilung der Infrastrukturinvestitionen über deren Laufzeit gewährleistet.

Um das alles mit einem gleich bleibenden Personalstand leisten zu können, werden wir an einer zunehmenden Aufgabenkritik nicht herumkommen, wenn wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses Graz fair begegnen wollen.

Auch dieses Budget sieht wieder Ausweitungen im Eckwertbereich vor, allerdings nur mehr im Bereich Jugend, Soziales und Integration, sonst Einsparungen. Bezogen auf das Wort des früheren Finanzministers Hannes Androsch, dass das Budget ein Schicksalsbuch ist, muss man natürlich schon auch der Parteikollegin von Hannes Androsch und Sozialstadträtin in das Buch schreiben, das Schicksal kann man auch selber in die Hand nehmen, bevor man sagt, ich muss einmal, bevor ich nachdenken kann, 17 Millionen auf meinem Konto sehen, wäre es wahrscheinlich vernünftiger, sich zunächst einmal die Strukturen zu überlegen und zu hinterfragen, mit einem Konzept zu kommen und dann in einem breiten Konsens die Finanzierung zu ermöglichen (*Applaus ÖVP*). In der sozialdemokratischen Fraktion hat ja ungewöhnlicherweise die Sozialstadträtin heute zweimal die Möglichkeit, zum Budget

zu sprechen, daher glaube ich, ist es auch wichtig, dieses Thema und diese Presseaussendungen der letzten Woche anzusprechen.

Meine Damen und Herren! Das kommende Jahr stellt große Herausforderungen an die Politik und die Verwaltung der Stadt, an die leitenden Angestellten, an die Geschäftsführungen der Holding, aber auch an jede einzelne Mitarbeiterin und jeden einzelnen Mitarbeiter bei der Umsetzung wichtiger Projekte. Das Budget stellt eine solide Grundlage dafür dar, nicht nur die nackten Zahlen, sondern auch die strukturellen Rahmenbedingungen, die damit verbunden sind.

Ich möchte mich abschließend bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzdirektion auch namens unserer Fraktion noch einmal sehr herzlich bedanken, bei allen, die bei der Budgeterstellung mit dabei waren, beim Stadtrechnungshof und insgesamt bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Graz und ich hoffe auf Ihre breite Zustimmung für den Budgetbeschluss (*Applaus ÖVP*).

SPÖ

Stadträtin Mag.^a Dr. Martina SCHRÖCK

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Als ich am 23. September diesen Jahres hier im Gemeinderatssitzungssaal als Stadträtin angelobt worden bin, habe ich in kurzen Antrittsworten meinen Zugang zur Politik erklärt. Gute Politik – die einen Mehrwert für die Bürger und Bürgerinnen bringt und nicht nur darauf abzielt, dass sie sich selbst Denkmäler setzt – gelingt aus meiner Sicht nur dann, wenn sie auf einer breiten Ebene stattfindet und wenn es zu einem Miteinander kommt. Ich habe Ihnen gesagt, dass ich Ihnen allen in meiner inhaltlichen Arbeit die Hände reichen möchte.

Dies scheint von meiner Seite ein frommer Wunsch gewesen zu sein. In den letzten Wochen und Monaten musste ich feststellen, dass das Miteinander offensichtlich nicht zur Hausordnung im Haus Graz gehört, denn die Art und Weise, wie das Budget erstellt wurde, ist das genaue Gegenteil davon. Von einer gemeinsamen Hand-in-Hand-Politik findet sich keine Spur – mir wurde als Stadtsenatsmitglied, das ja für keinen unwesentlichen Bereiche verantwortlich ist - nicht einmal von weitem zugewunken. Die Vorgehensweise erinnert mich ein bisschen an Scherze die Jugendliche gerne machen, die einem zuerst die Hand entgegenstrecken und wenn man zupacken will, dann ziehen sie sie weg.

Die derzeitige Koalition zwischen Schwarz und Grün wurde 2008 geschlossen, und im Koalitionsvertrag wird in der Präambel das Gemeinsame beschworen, vor allem das Gemeinsame über die Koalitionsparteien hinaus. Wir haben neun

Stadtsenatsmitglieder, alle haben in ihren Ressorts große Verantwortung übernommen. Aber leider ist es verabsäumt worden, die vier anderen, die nicht der Koalition angehören, mit ins Boot zu holen und gemeinsam mit ihnen zu arbeiten, gemeinsam Schwerpunkte festzulegen.

Und ich frage mich schon, was ist eigentlich so schwierig daran, alle Vertreter und Vertreterinnen der Bewohnerinnen und Bewohner an einem Tisch zu versammeln und die Baupläne für ein Haus, an dem gearbeitet wird, offenzulegen und die Notwendigkeiten aus allen Bereichen ernst zu nehmen und zu koordinieren (*Applaus SPÖ*)?

Ich darf mich an dieser Stelle im Namen der Bauaufsicht für das Haus Graz – sprich im Namen der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte – sehr herzlich bedanken, dass diese frühzeitig – nämlich am letzten Donnerstag – in einer geschalteten Anzeige in der Kronenzeitung durch den ÖVP-Finanzreferenten erfahren konnten, wie das Budget in groben Zügen ausschauen wird.

Das ist schon was! Sie sollen ja heute nur Verantwortung für diesen Bauabschnitt 2011 im Hause Graz übernehmen.

Aber schauen wir uns die nun doch vorliegenden Kostenpläne für das Haus Graz im nächsten Jahr an:

Auffällig ist zunächst, dass Zubauten und Nebengebäude im Bauplan nicht vorkommen, obwohl diese entweder schon genehmigt oder als fixe Vorhaben kolportiert wurden.

Wo sind zum Beispiel die 900.000 bis 1,5 Millionen, die der Umbau der Thalia verursachen wird? Diese Kosten sind im Budget nicht zu finden. Wahrscheinlich wird das wieder einmal ein Nachtragskredit werden.

Oder Reininghaus. Ist da nicht ein prächtiger Zubau geplant mit wunderschön gestalteten Schaufenstern, wo die Bürger und Bürgerinnen den Oberbaumeister Nagl

bewundern können? Wo sind die Kosten für den Grundstückskauf im Budget, ich finde sie nicht? Das sind dann wahrscheinlich unvorhersehbare Belastungen, die im Laufe des nächsten Jahres zusätzlich bedeckt werden müssen?

Und wo sind die 10 Millionen aus Immobilientransaktionen, die offensichtlich gebraucht werden, um ein ausgeglichenes Budget überhaupt zusammenzubringen? Außer dem Stadtpark und Schloßberg fällt mir eigentlich nichts mehr ein, was wir noch veräußern könnten, vielleicht finden wir noch das eine oder andere wertvolle öffentliche WC, aber ich glaube nicht, dass das zehn Millionen wert ist (*Applaus SPÖ*).

Nachdem nicht damit zu rechnen ist, muss sich die SPÖ die berechtigte Frage stellen, wo eben diese zehn Millionen herkommen und ob es womöglich einen Teil der Gemeindewohnungen treffen wird?

Mit anderen Worten: Im Hause Graz steht das Verscherbeln des letzten Familiensilbers an und Schwarz/Grüne traut sich offensichtlich nicht, das zuzugeben. Ein wenig Mut wäre das Mindestmaß, das sich die Bürger und Bürgerinnen von der Politik hier in Graz erwarten können (*Applaus SPÖ*).

Aber das Verscherbeln zählt offensichtlich sowieso zur gängigen Praxis. Im Moment wird ein Viertel der Bediensteten verschербelt – sie werden zwar nicht auf die Straße gesetzt, aber in Gesellschaften und teilweise werden sie sogar auf den Gang des Amtshauses gesetzt und müssen dort arbeiten, aber das ist eine andere Geschichte.

Was lässt sich den Bauplänen für nächstes Jahr noch entnehmen?

In vielen Bereichen wurden Einsparungen vorgenommen, in den Bereichen Jugend, Gesundheit, Frauen und Soziales wurde nicht gekürzt. Das ist natürlich ein vordergründig kluger Schachzug – dahinter liegt vermutlich die Hoffnung, dass man sich damit unliebsame Kritik wegen Einsparungen im sensiblen Sozialbereich ersparen kann.

Ehrlich gesagt verstehe ich es aber nicht, warum das immer so als besonders großzügig und besonders herzerreißend verkauft wird? Das sind keine Almosen, die der Finanzstadtrat hier an die Grazerinnen und Grazer verteilt. Österreich hat sich ein wirklich bruchsaferes oder relativ bruchsaferes soziales Netz für seine Bewohnerinnen und Bewohner aufgebaut und es gibt, Gott sei Dank, Rechtsansprüche, und das sind keine Almosen, das sind keine Gnadenakte, die der Finanzreferent hier tätigt (*Applaus SPÖ*). Und es ist daher selbstverständlich, dass man nicht zuschauen kann, wenn die Finanzmarktkrise und die darauf folgende Wirtschaftskrise die Anzahl jener erhöht, die öffentliche Mittel in Anspruch nehmen müssen, um ihr tägliches Leben bestreiten zu können – entweder weil sie ihre Arbeit verloren haben oder weil sie trotz Arbeit zu wenig zum Überleben verdienen. Und das alles, und das sollte auch nicht unerwähnt bleiben, ohne ihr Verschulden, denn die meisten oder fast alle, die betroffen sind, haben die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht ausgelöst, meine Damen und Herren.

Sozialer Frieden ist die Basis eines guten Zusammenlebens – ihn zu sichern, muss daher oberste Priorität sein und, wie gesagt, kein Gnadenakt. Und sozialer Frieden ist dann gewährleistet, wenn Menschen faire Chancen vorfinden und die Politik nach den Werten Gerechtigkeit, Solidarität und Loyalität den Bürgern und Bürgerinnen gegenüber handelt (*Applaus SPÖ*).

Eine Möglichkeit, diese Werte umzusetzen, besteht darin, das öffentliche Leben für alle Grazerinnen und Grazer zugänglich zu machen und Anspruchsberechtigungen für öffentliche Leistungen zu vereinfachen. Vor einiger Zeit wurde in diesem Haus ein einstimmiger Beschluss gefasst, einen Sozialpass einzuführen, der genau das ermöglichen würde: Menschen, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind, Mobilität mit den öffentlichen Verkehrsmitteln Teilhabe an verschiedenen Veranstaltungen und den Zugang zu städtischen Einrichtungen, wie zum Beispiel Bädern, zu ermöglichen. Ich nehme diesen Auftrag, den die Sozialreferentin vom Gemeinderat bekommen hat, wirklich sehr, sehr ernst. Ich halte den Sozialpass für

einen wichtigen sozialpolitischen Meilenstein, und die Stadt Linz zeigt uns vor, dass dieser wunderbar funktionieren kann.

Aber Meilensteine brauchen ein Fundament, in dem sie gut verankert werden können, sonst sind sie nicht mehr als Luftschlösser (*Applaus SPÖ*).

Leider wird dieser Sozialpass ein solches Luftschloss bleiben, denn weder Fundament noch Baumaterial sind in diesen Einreichplänen von 2011 vorgesehen.

Die 100.000 Euro, die mir als budgetärer Rahmen für den Anfang einmal in Aussicht gestellt worden sind, die kann ich leider nicht ernst nehmen, denn ich bin weder für Scheinaktivitäten noch für Alibihandlungen zu haben (*Applaus SPÖ*). Wenn wir alleine den Aktivpass von Linz anschauen und uns wirklich nur auf die Mobilität beschränken – sprich wenn wir den Menschen eine kostengünstige Nutzung des öffentlichen Verkehrs ermöglichen wollen - dann bedeutet das einen jährlichen Bedarf von über zehn Millionen Euro.

Mit 100.000 Euro kann ich diesen Pass gerade einmal drucken und ein bisschen bewerben und das war's dann auch schon.

Mir kommt vor, dass die besondere Duftnote in den Stiegenhäusern des Hauses Graz ein wenig nach Zynismus riecht.

Oder wie soll ich es sonst bezeichnen, wenn mir in einem kurzen Budgetgespräch der Vorschlag unterbreitet wird, bei den städtischen Freibädern könnte man Fahnen rauhängen, wenn noch ein paar Plätze übrig sind. Dann könnten ein paar Arme hineingelassen werden. Fehlt nur noch, dass wir den Armen dann auch noch Sozialbadehäubchen aufsetzen, damit, wenn dann wieder zahlungskräftigere Menschen kommen, die schnell wieder hinauskomplimentiert werden können.

Zwischenruf unverständlich.

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck**: Ich brauche mich nicht schämen, die Budgetpolitik muss sich schämen, dass sie keinen Rahmen für diesen Sozialpass zur Verfügung stellt, Frau Kollegin (*Applaus SPÖ*). Es wird dann immer wieder an meine Kreativität appelliert, aber ich muss sagen, da geht es nicht um Kreativität, da geht es um Menschenwürde und da geht es um ein gutes Menschenbild, das ich vertreten möchte, weil das ist nicht mein Anspruch an einen Sozialpass. Wenn ich einen Sozialpass einführe, dann muss das ein verlässliches Instrument sein und dann kann das nicht davon abhängen, ob noch irgendwas übrig ist, ob noch irgendwelche Eintrittskarten da sind, dass man dann ein paar Arme reinlassen kann, sondern das muss ein Anspruch sein und darum geht es beim Sozialpass. Weil es geht genau darum, dass man die Grenzen, die durch unterschiedliche Einkommenssituationen in der Gesellschaft gezogen werden, dass man diese Grenzen wegwischt (*Applaus SPÖ*).

Und so leid es mir tut: Ich werde dem Auftrag des Gemeinderates in Sachen Sozialpass 2011 nicht nachkommen können und erwarte mir von den Regierungsfractionen, dass sie jetzt so ehrlich sind, und dass sie sagen, der Sozialpass gehört derzeit nicht zu den zentralen, priorisierten politischen Projekten dieser Stadt Graz.

Und wieder wäre den Bürgern und Bürgerinnen gegenüber ein wenig Mut gefordert, oder sollen tatsächlich nur Luftschlösser gebaut werden? Luftschlösser mit ein paar prächtigen Reininghaus-Etagen?

Als Sozialreferentin kenne ich auch andere Etagen, meine Damen und Herren, die womöglich nicht einmal Fenster haben, oder wo es reinregnet oder wo es schimmelt. Die Arche 38 zum Beispiel muss dringend saniert werden, im Frauenwohnheim in der Hüttenbrennergasse, das vielen Frauen eine gute Zukunft ermöglicht, dort regnet es bei den Fenstern rein, im Männerwohnheim verrotten die wenigen Habseligkeiten der Bewohner im Keller, weil man dort mit ständigem Schimmelbefall zu kämpfen hat.

Im Jahr 2011 werden 70 Millionen für die außerordentliche Gebarung – also für Investitionen im Neubau Haus Graz – zur Verfügung stehen.

Meinem Ressort wurden für den Zeitraum 2011 bis 2015 insgesamt 900.000 Euro zur Verfügung gestellt, das sind jährlich durchschnittlich 180.000 Euro. Alleine das notwendige Auswechseln der Fenster im Frauenwohnheim kostet 130.000 Euro. Die schon angesprochene dringende Sanierung der Arche 38 kostet rund 1,4 Millionen.

Was sich bei den AOG-Mitteln abzeichnet hat – ich streiche noch einmal die 180.000 jährlich im Vergleich zu den 900.000, die für einen Herrn Gollenz locker nebenbei als Überbrückung für Übersiedelungen aufgewendet werden können, die möglichen 21 Millionen, die für die Stadt jederzeit auflaufen können, wenn der Luxusfitnesstempel nicht funktioniert, lasse ich jetzt weitgehend unerwähnt, das zieht sich als roter Faden durch die Budgeterstellung. Es wird ohne Diskussion ein Wert festgelegt, frei nach dem Motto „friss oder stirb“. Mein Verständnis einer gut funktionierenden Hausgemeinschaft ist wirklich ein anderes (*Applaus SPÖ*).

Das Gleiche gilt für das gesamte Budget, Eckwerte werden hingeknallt und genau gar nicht hinterfragt oder diskutiert.

Vielleicht wäre es auch einmal nicht ganz unspannend, ein bisschen längerfristig zu planen und Innovationen, die jetzt zwar Kosten verursachen, aber auf lange Sicht die Pflichtmittel reduzieren, einmal zu diskutieren. Aber diese Möglichkeit ist für 2011 leider abgefahren. Die Anzahl der Ziegel für den Bauabschnitt 2011 im Hause Graz wurde für jeden Bereich festgelegt – schauen wir halt einmal, wer was baut, und ein gemeinsames Dach wird vielleicht durch Zufall entstehen, weil einen gemeinsamen Bauplan gibt es ja nicht. Dabei hätte sich das Haus Graz wirklich ein kompaktes, stabiles Dach verdient, ein tragfähiges Dach und keine hauchdünne Plane, die da drüberweht.

Wenn das Geld aber für unbebaute Grundstücke oder sonstige Fantastereien zu den Fenstern hinausgeschmissen wird, bleibt für dieses Dach – wir können auch ruhig gemeinsame politische Vision für diese Stadt dazu sagen – natürlich nichts übrig.

Dabei müsste zum Beispiel nach dem Zukunftsthema Bildung nicht einmal lange gesucht werden. Es ist kein großes Geheimnis, dass sich diese Investition in die Bildung immer auszahlen.

Die 22 Millionen, die für den Ausbau und die Renovierung der Grazer Schulen für fünf Jahre budgetiert sind, sind ein netter Beitrag, aber ohne inhaltliches Konzept werden wir hier nichts bewegen können. Schöne Schulen alleine erhöhen die Zukunftschance für junge Menschen nicht. Ich sage nur: Ausbau des Angebotes an Ganztagschulen. Ich weiß, ich rüttle jetzt ein bisschen am konservativen Familienbild, aber Tatsache ist, dass die Ganztagschule in anderen europäischen Ländern hervorragend funktioniert, dass keine psychisch gestörten Jugendlichen herauskommen, sondern dass junge Menschen herauskommen mit großartigen Zukunftschancen, die noch dazu im PISA-Test alle besser abschneiden als wir (*Applaus SPÖ*).

Und wie wäre es einmal mit der Einführung eines flächendeckenden Systems von Begleitlehrerinnen und Begleitlehrern?

Ich weiß schon: Die Stadt ist „nur“ Schulerhalterin. Es würde aber nicht die Kompetenzen der Stadt als Schulerhalterin sprengen, Volks- und Hauptschulen, die über weniger potente Elternvereine verfügen, die aufgrund eines hohen Anteils von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache weniger leicht zu „Sponsoren“ kommen, stärker zu unterstützen. Und zwar über schulautonome Mittel – was letztlich sogar dazu führen könnte, dass auch diese Schulen insgesamt wieder ein bisschen attraktiver werden würden. Oder sagen wir es in aller Deutlichkeit und Offenheit: Wollen Sie dabei zusehen, dass die Schulen in den Bezirken Gries, Lend und in weiterer Folge in Eggenberg für Eltern von österreichischen Kindern immer unattraktiver werden und zu Restschulen werden, oder sind Sie bereit, diese Schulstandorte für alle attraktiver zu machen? Wollen Sie der Gettoisierung weiter Vorschub leisten, oder bekennen Sie sich zu einer gelebten Integration, meine Damen und Herren? Wollen sie nur ein Wohlfühlhaus, oder bekennen Sie sich zu einer gesamten Wohlfühlstadt (*Applaus SPÖ*)?

Wie wäre es außerdem, wenn nicht mit dem Ausverkauf der Gemeindewohnungen geliebäugelt würde - ich weiß, es ist nicht bewiesen, aber bei dem vorliegenden Budgetplan für mich sonnenklar – sondern wir über den Ausbau der Gemeindewohnungen nachdenken würden?

Man könnte auch darüber nachdenken, wie das Zusammenleben der Menschen wieder ein bisschen stressfreier und friedlicher werden könnte, zum Beispiel durch Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen in den Siedlungen? Man könnte auch darüber nachdenken, die Hausmeisterei wieder einzuführen. Ein bisschen zumindest könnte man darüber nachdenken, eine kleine Vision zu einer menschnahen Stadtentwicklung.

Sie werden mir jetzt entgegnen, dass das natürlich erfolgt – dass deshalb ja auch Teile der Hummelkaserne für sozialen Wohnbau angekauft werden. Natürlich ist das erfreulich – deshalb hat die SPÖ dem auch zugestimmt. Aber: Ich wüsste wirklich gerne, warum sozialer Wohnbau und Übertragungswohnbau in erster Linie in den westlichen Stadtbezirken stattfinden muss, warum passiert nicht endlich das, was wir immer diskutieren, dass auch in den Bezirken Geidorf, Mariatrost, Leonhard oder Ries Grundstücke für sozialen Wohnbau zur Verfügung gestellt werden, das wäre dringend notwendig. Das ist sozial gerecht, Stadtentwicklung und eine Entsaugung der Prolongierung der Ghettoisierungspolitik, das was wir immer alle als besonders böse ankreiden.

Zusammenfassend muss ich als Vertreterin meiner Fraktion feststellen, dass die Baupläne für das Haus Graz im Jahr 2011 weder nachvollziehbar sind noch langfristige Ziele sichtbar sind. Das Hauptproblem ist, dass die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Hauses, nämlich die Bevölkerung, keine Informationen bekommt, wie ihr Heimathaus in 10/15 Jahren aussehen wird. Mitreden oder Mitgestalten scheint ein Fremdwort zu sein.

Architektonische Stilmittel werden ziemlich unkoordiniert miteinander vermischt. Ein Teil des Hauses wird wohl ein stabiles Blockhaus sein (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), ein anderer Teil kann durchaus als noble, prächtige Villa bezeichnet werden und zwischendrin verstecken leider sich armselige Gartenhütten (*Applaus SPÖ*).

Gezeichnet wurden die Pläne auf Hochglanzpapier, auf dem hie und da ein paar fremde Federn kleben.

Es sollte nämlich nicht vergessen werden, dass die Konsolidierung des Stadthaushaltes bereits in der vergangenen Periode unter einem SPÖ-Finanzstadtrat eingeleitet worden ist. Stichworte: Aufgabenkritik und Eckwertbudgetierung – allerdings hat es damals auch noch Budgetverhandlungen gegeben, die diesen Namen auch verdienen.

Kritik an dem damaligen Budgetkurs – der heute zu Jubelmeldungen führt – hat es genug gegeben, offensichtlich ist es aber das Schicksal von SP-Finanzreferenten und -Finanzreferentinnen, abgewirtschaftete Erbschaften antreten zu müssen und den Turn-Around einleiten zu müssen, wie es sich auch im Land zeigt, wo Bettina Vollath die Erbschaft von Landesrat Buchmann antreten muss.

Hochglanzpapier, meine Damen und Herren, lenkt leicht vom Inhalt ab und hat auch den Vorteil, dass es relativ geduldig ist, denn als Faktum muss auch noch festgehalten werden, dass die Gesamtverschuldung des Hauses Graz weiter steigen wird.

Das Budget, das heute vermutlich beschlossen werden wird, umfasst nicht die Gesellschaften, Töchter und Beteiligungen – aber an diese werden nicht nur Abteilungen ausgegliedert, sondern damit auch die Aufgaben und die Kosten.

Das Haus Graz wird also eine wunderschön geschönte Fassade haben; da ich mit meiner Fraktion aber gerne in die Tiefe blicke und wir uns nicht von Glitzerverzierungen blenden lassen, werden wir diesem Budget nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 10.40 Uhr den Vorsitz.

GRÜNE

Gemeinderat Dr. Gerhard Wohlfahrt

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste!

Als Erstes möchte ich gleich einmal Finanzstadtrat Gerhard Rüschi gratulieren zu seiner Budgetrede, ganz besonders zur Einleitung zur Budgetrede, klare, ehrliche Worte, wie wir sie selten hören, ein großes Lob dafür. Auf Differenzen und Übereinstimmungen zum Budgetteil selbst werde ich natürlich in der Budgetrede eingehen (*Applaus Grüne*). Warum sind Budgets so wichtig? Nicht nur, weil es um das Geld geht, darum geht es ja eigentlich fast immer, sondern auch, weil Budgets, die konkrete Regierungsarbeit für das folgende Jahr schon weitgehend festlegen. Schauen wir deswegen in erster Linie einmal auf die Bundesebene. Aus dem Budget des Finanzministers haben wir vor kurzem die Belastungen für Familien, die Kürzungen im Bildungsbereich und bei der Forschung, die fehlende Beteiligung der oberen Einkommensschichten an den Folgen der größten Finanzkrise aller Zeiten und viele andere, aus meiner Sicht, sehr unerfreuliche Entwicklungen zur Kenntnis nehmen müssen. Gut, wir Grazerinnen und Grazer hätten ja andere Vorstellungen gehabt. Mein dringlicher Antrag auf Rücknahme der Belastungen der Familien und der Kürzungen, Wissenschaft und Forschung wurde hier im Gemeinderat einstimmig unterstützt. Nochmals danke für die leider vergebliche Unterstützung. Offensichtlich sieht die Bundesregierung nur die Möglichkeit, die Rettung der Banken und der budgetären Folgen der größten Wirtschaftskrise der Zweiten Republik vor allem den breiten Massen anzulasten. Höhere Steuer für jene, die den Großteil des Finanzvermögens besitzen, welches wir gemeinsam gerettet haben, sind kaum vorgesehen. Offensichtlich geht das alte Spiel ungehindert weiter, Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren. Für einige wenige ein gutes Spiel, für viele ein schlechtes.

Doch jetzt zum Grazer Budget: Wir haben einen großen Vorteil, wir müssen im Gegensatz zu Bund und Land Steiermark kein Belastungspaket schnüren. Das liegt vor allem daran, dass wir auch in den letzten Jahren sehr sorgsam mit dem Geld der Grazerinnen und Grazer umgegangen sind (*Applaus Grüne*). Gerhard Rüscher hat es erwähnt, wir haben keine unfinanzierbaren Steuerzuckerl verteilt, wir haben die vorhandenen Mittel sorgfältig eingesetzt, ja, ich gebe zu, es hat auch Ausnahmen gegeben. Manch eine Gebühr hätte vielleicht erhöht werden können, manch eine Ausgabe war nicht unbedingt notwendig, aber wir haben immer unsere Budgetpläne eingehalten, und auch die Schulden sind uns nicht entglitten. Ich weiß, dass manche das anders sehen, manche von Ihnen glauben (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), wir sind Schuldenkaiser oder so ähnlich, das liegt daran, dass wir zu ehrlich sind. Wir haben immer all unsere Schulden, die Schulden der Stadt Graz und die Schulden unserer Beteiligungen zusammengezählt, das ist gut und ehrlich. Hier auch ein herzliches Danke an die Kollegen der Finanzdirektion und im Stadtrechnungshof, sie haben uns all diese Zahlen gut aufbereitet. Inzwischen liegen ja nicht nur die konsolidierten Schulden vor, sondern auch viele wichtige Kennzahlen werden dargestellt. Deshalb können wir jetzt auch viel besser planen und steuern, und das ist wohl die primäre Aufgabe der Politik und Grün/Schwarz nimmt diese Aufgabe auch wahr.

Aber was machen manche Politiker immer mit diesen Zahlen? Sie vergleichen die herrlichen Zahlen mit geschönten Zahlen anderer Gebietskörperschaften. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das macht keinen Sinn. Vergleichen Sie bitte Gleiches mit Gleichem, so wie es ihnen die Statistik Austria vormacht (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Graz hat eindeutig nicht die höchsten Schulden pro Kopf. Ich rede jetzt von den offiziellen Schulden laut Statistik Austria per Ende 2009. Nicht nur Schröcken, Oberschlierbach, Hinterstoder, Bad Radkersburg, Nappersdorf, Grammersdorf, St. Pankraz haben höhere Schulden pro Kopf als Graz. Das waren die ersten Gemeinden mit den höchsten Schulden. Auch Jennersdorf, Krems, Frohnleiten, Hart bei Graz, Leoben, Mürzzuschlag, Schladming, Bad Aussee und Villach haben höhere Schulden als Graz, auch Linz und St. Pölten und weitere tausend Gemeinden

haben höhere Schulden pro Kopf als die Stadt Graz. Ich spare, die tausend Gemeinden namentlich zu nennen. Graz liegt im Mittelfeld auf Platz 1.037 von 2.356 Gemeinden. Den Quellennachweis finden Sie in der schriftlichen Fassung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind die Fakten, zumindest laut Statistik Austria. Dass all diese Zahlen auch einiges verbergen, das wissen wir alle. Graz hat diese dunklen Seiten erhellt, die meisten anderen Gebietskörperschaften haben diesen Schritt noch vor sich. Dann, wenn auch alle anderen ehrliche Zahlen vorlegen, ja dann können wir gerne vergleichen. Aber inzwischen sollten wir keine sinnlose Panikmache betreiben, eine Panikmache zu Lasten der Grazerinnen und Grazer. Gerald Grosz hat übrigens voriges Jahr hier an dieser Stelle die niedrigen Schulden Kärntens erwähnt, ich glaube, Kommentare dazu sind überflüssig.

Grün/Schwarz legt heute das vierte Budget vor. Gerhard Rüscher hat es bereits erwähnt, für zwei dieser Budgets liegen inzwischen Rechnungsabschlüsse vor, in beiden Fällen haben die Budgets gehalten, in beiden Fällen war das Defizit laut Rechnungsabschluss geringer als in den Voranschlägen. In beiden Jahren, 2008 und 2009, waren die konsolidierten laufenden Einnahmen höher als die laufenden Ausgaben, nicht viel, aber insgesamt 50 Millionen. Ich rede hier bewusst von den konsolidierten laufenden Einnahmen und Ausgaben, das ist eben diese Betrachtung, die jetzt immer stärker in den Blickpunkt rückt. In den Jahren davor war das nicht der Fall, da waren die laufenden Ausgaben größer als die Einnahmen. Grün/Schwarz hat die finanzielle Trendwende geschafft, das ist ehrliche und nachhaltige Politik, die auch von den GrazerInnen verstanden und unterstützt wird. Deshalb können wir im Budget 2011 auch weitere wichtige Schwerpunkte setzen. Die Ausgaben für Soziales steigen, genauso jene für Kinder und Jugend. Ja, wir bleiben bei unserem Vorhaben, wir bauen die Kinderbetreuung weiter aus, jedes Jahr werden rund zehn neue Gruppen eröffnet. Auch in die wichtige Aufgabe der Integration fließt mehr Geld, sicherlich immer noch zu wenig, aber von Jahr zu Jahr mehr. Und natürlich muss auch mancherorts gespart werden, dies geschieht nicht nur bei den Eckwertvorgaben, dies geschieht auch ganz bewusst an manchen Stellen, wo wir Einsparungen für vertretbar halten, wir belasten nicht Familien und Forschung, so wie es uns die Bundespolitik

vorzeigt, wir sparen bewusst bei jenen, wo wir es vertreten können (*Applaus Grüne*), wir haben das getan,...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ganz kurz muss ich dich unterbrechen, wenn jetzt weitere Gemeinderäte den Saal verlassen und wir würden jetzt das Budget abstimmen, dann wären wir jetzt nicht beschlussfähig, das heißt, ich ersuche die Kolleginnen und Kollegen, wieder in den Gemeinderatssaal zu kommen, wenn sie nichts Besseres zu tun haben. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Danke. Wir heben bei unseren oberen Pensionen, bei Pensionen über zirka 3.000 Euro monatlich einen kleinen Solidarbeitrag ein. Es macht keinen Sinn, nur bei den zukünftigen Pensionen unserer jetzigen MitarbeiterInnen zu sparen. Auch unseren ehemaligen MitarbeiterInnen ist dieser kleine Solidarbeitrag zumutbar, damit wir die schwierigen Aufgaben der Gegenwart gut lösen können. Und diese kleinen Solidarbeiträge summieren sich auf fast 650.000 Euro Jahr für Jahr, damit lässt sich einiges Sinnvolles finanzieren. Das ist notwendige Solidarität, zumindest aus grüner Sicht (*Applaus Grüne*). Aber was sagen die Genossinnen und Genossen von der SPÖ zu dieser Umverteilungspolitik? Die Sozialen stimmten nicht nur im Gemeinderat gegen Teile dieser Reform, sie verzögern jetzt genau in diesen Tagen diese gewichtige Reform im Landtag. Ab 1. Jänner 2011 werden deshalb wahrscheinlich jeden Monat rund 100.000 Euro fehlen. Liebe GenossInnen von der SPÖ, wenn Sie wirklich glauben, dass es besser ist, bei Beschäftigungsprojekten für Arbeitslose oder bei Kinderbetreuung zu sparen als bei Pensionen in der Höhe von 4.000 bis 5.000 Euro monatlich netto wohlgermerkt, dann sagen Sie es, dann sagen Sie es bitte laut, so laut, dass es alle hören können, auch die Arbeitslosen und AlleinerzieherInnen, denen wir die Leistungen dann vielleicht nicht mehr anbieten können, oder haben Sie bessere

Ideen für Einsparungen oder noch besser, beschließen Sie endlich höhere Steuern für jene, die es sich wirklich leisten können, aber das tun Sie ja auch nicht. Solange Sie das nicht schaffen, solange sollten Sie unsere kleinen Umverteilungsbemühungen im Landtag nicht blockieren (*Applaus Grüne*).

Beim Thema Landespolitik muss ich mich auch an die KollegInnen von der ÖVP wenden. Wie ernsthaft sind Ihre Bemühungen für die Zweitwohnsitzabgabe? Seit drei Jahren reden Sie davon, beschlossen ist sie noch nicht. Wie stehen Sie zur Nahverkehrsfinanzierung? Sind Sie bereit, Abgaben für Großparkplätze, sagen wir für Riesenverkehrserreger mit über 1000 Stellplätzen, zu fordern und damit einen wichtigen Schritt in Richtung einer umweltgerechten Verkehrspolitik zu gehen? Hier besteht noch Handlungsbedarf, hier müssen wir noch gemeinsam einiges erreichen. Aber genug über Details aus diesem Budget, das Zahlenwerk liegt Ihnen ja vor und auch genug über finanzpolitische Detailfragen. Blicken wir gemeinsam über die zwei Budgetbücher hinaus, die Frage, die sich eigentlich stellt, lautet doch, wie wollen wir in Zukunft leben? Wichtig für unser Leben sind natürlich auch geordnete öffentliche Finanzen, die haben wir erreicht. Noch wichtiger ist allerdings eine funktionierende öffentliche Infrastruktur, ausreichende Kinderbetreuung, gelebte Integration und eine akzeptable Einkommensverteilung.

Daran arbeiten wir Schritt für Schritt, und ganz besonders wichtig sind natürlich Umwelt und Gesundheit in der Feinstaubhauptstadt Graz, bei diesem Thema sind wir wirklich Spitzenreiter, stellt sich dann natürlich gleich folgende Frage, was ist uns wichtiger, der Autoverkehr oder unsere Gesundheit, und insbesondere die Gesundheit unserer Kinder, weil die sind ja vom Feinstaub besonders betroffen. Ich kenne Politik natürlich gut genug, dass ich weiß, dass wir auch hier Kompromisse schließen müssen. Aber wo liegt dieser Kompromiss? Wie viel Freifahrt mit Autos, wie viele Einzelöfen und alte Heizanlagen und wie viel Feinstaub wollen wir akzeptieren? Feinstaub, der jedes Jahr unzählige Erkrankungen der Atemwege auslöst. Liebe Grazerinnen und Grazer, hier besteht noch Anpassungsbedarf. Hier werden wir noch nachbessern müssen. Wir hatten heuer schon mehr Feinstaubtage, Tage, an denen der zulässige Feinstaubgrenzwert überschritten wird, als im ganzen Vorjahr. Dieses

Jahr haben wir bis heute schon 58 Feinstaubtage, 2009 waren es nur im ganzen Jahr 45, Quelle: Bundesumweltamt. Mit anderen Worten, mehr als doppelt so viele Feinstaubtage wie erlaubt, Tendenz gegenüber dem Vorjahr steigend. Das ist die falsche Entwicklung, hier gilt es gegenzusteuern. Natürlich wäre in erster Linie der Umweltlandesrat gefordert, aber einem Kurzmanne und der FPÖ sind natürlich die Stimmen der Autofahrer viel wichtiger, als die Gesundheit unserer Kinder. Auf diesen Umweltlandesrat dürfen wir uns nicht verlassen, wir müssen selber handeln, und dieses Handeln wird sich noch stärker in den Budgets abbilden müssen. Es kann wohl nicht in unserem gemeinsamen Interesse sein, dass nur umweltschonendes Verhalten von Jahr zu Jahr teurer wird, wie zum Beispiel der öffentliche Verkehr und vielleicht sogar nächstes Jahr die Fernwärme, umweltschädigendes Verhalten aber teilweise gleich viel kostet wie vor 20 Jahren. Hier besteht Anpassungsbedarf.

Eine Anmerkung zur Fernwärme. Während die KPÖ lieber aufgrund von nicht beschlossenen Wirtschaftsplänen die Bevölkerung verunsichert, haben wir Grünen gemeinsam mit der ÖVP den zuständigen Herren den Auftrag erteilt zu neuerlichen Verhandlungen. Es wird vielleicht Preisanpassungen geben müssen, aber nicht die von der KPÖ dargestellte 6-%ige Erhöhung. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fernwärme ist eine ganz wichtige Option im Kampf gegen Feinstaub, gehen wir bitte sorgsam damit um und vor allem keine Panikmache. Sorgen wir bitte lieber gemeinsam dafür, dass immer mehr Haushalte an die Fernwärme angeschlossen werden. Dass diese vorher erwähnte Politik umweltschonendes Verhalten jedes Jahr verteuert und umweltschädigendes Verhalten nicht, dass diese Politik im Lichte der viel zu hohen Feinstaubbelastung keine sinnvolle Politik ist, versteht sicherlich ein Großteil der Grazerinnen und Grazer, aber ganz sicher verstehen das die Anhänger einer ökologischen Marktwirtschaft. Wir werden verstärkt ökologisch handeln, fördern müssen und auch unökologisches Handeln verteuern, wir brauchen diese zusätzlichen Einnahmen ganz dringend für wichtige ökologische Projekte. Wir brauchen noch viel mehr Anschlüsse an die Fernwärme, mehr Umstellungen alter Heizanlagen und einen noch besseren attraktiveren öffentlichen Verkehr und mehr sanfte Mobilität, und wir sollten auch ehrlich sein: Wir brauchen vor allem weniger

Autoverkehr in der Stadt. Diese notwendigen Umstellungen, notwendig im Interesse unserer Gesundheit, diese Umstellungen werden sich auch im Budget der Stadt Graz noch stärker widerspiegeln müssen. Noch stärker, als sie es jetzt schon tun. Wenn wir diese Anpassungen vornehmen, dann haben wir wirklich ein nachhaltiges Budget, ökologisch nachhaltig, weil wir aktiv am größten Problem von Graz arbeiten und feinstaubnachhaltig reduzieren und budgetär nachhaltig, weil wir sehr verantwortungsbewusst und sorgsam mit den Steuermitteln umgehen und auch die Entwicklung der Schulen gut unter Kontrolle haben. Wir sind leider nicht ganz am Ziel, aber wir sind am richtigen Weg. Der ökologische Feinschliff fehlt noch, aber keine Sorge, Grün/Schwarz schafft auch das noch. Grün/Schwarz wird noch ein weiteres gemeinsames Budget vorlegen, in diesem Sinne auf ein erfolgreiches Finanzjahr 2011 und ein noch besseres 2012. Danke (*Applaus Grüne*).

K P Ö

Gemeinderätin Gertrude S c h l o f f e r

Sehr geehrte Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Anwesende hier im Saal!

Zuerst eine Frage, liebe Frau Vizebürgermeisterin, ich würde meine Budgetrede gerne halten, wenn der Bürgermeister anwesend ist, weil ich nehme an oder ich wünsche mir, dass er sich das einfach anhört, weil das gehört sich einfach (*Applaus KPÖ*), das ist einfach eine Missachtung einem Gemeinderat gegenüber, ich muss ja meine Arbeit auch vorher erledigen, bevor ich jetzt da den ganzen Tag und eine halbe Nacht sitze. Ich denke, da könnte auch der Herr Bürgermeister seine Arbeit vorher rechtzeitig erledigen. Zu Zeiten von Altbürgermeister Alfred Stingl hat es das überhaupt nicht gegeben, dass der einmal die Sitzungsbank verlassen hätte, bei keiner Gemeinderatssitzung, er fehlt sowieso die halbe Zeit von den Sitzungen und auch den Budgetreden, bei der Generalsitzung...

Zwischenruf GR. Hohensinner unverständlich.

GRin. **Schloffer**: Jetzt rede ich und ihr seid still (*Applaus KPÖ*). Das ist eine Missachtung, ist das möglich, dass ich später spreche, dass ein anderer kommt?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Liebe Gerti Schloffer, ich verstehe dein Bedürfnis, aber von der Ablaufregel ist es möglich, dass der Bürgermeister sich hier vertreten lässt durch eine Stellvertretung, und das ist in dem Fall mein Vorsitz und mit dem musst du leider jetzt Vorlieb nehmen. Vielleicht hat er dich aber gehört und kommt schneller. Aber prinzipiell von der Geschäftsordnung her ist es so vorgesehen, da kann ich dir jetzt leider nicht ein anderes Angebot machen.

GRin. **Schloffer**: Na gut, das ist vorgesehen, aber das zeigt wieder sein...ja.

Zwischenruf GRin. Potzinger: Wo ist Frau Stadträtin Kahr?

GRin. **Schloffer**: Die Elke ist eh da, Frau Potzinger.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Liebe Gerti, du kannst jetzt mit deiner Budgetrede beginnen. Dein Unmut ist, denke ich mir, deutlich angekommen.

GRin. **Schloffer**: Ich bin zwider. Der Titel meiner Budgetrede: Das große Lied vom Sparen oder „Wer klopfet an?“

Die heutige Gemeinderatssitzung dient dazu, dass wir über den Voranschlag der Stadt Graz für 2011 diskutieren und ihn beschließen. Aber schon vor dem Beginn der Diskussion steht ihr Ergebnis fest. Es wäre ein Wunder, wenn wir hier im Gemeinderat das Konvolut des Budgets noch verändern könnten. Und es wäre von den einzelnen Mitgliedern des Gemeinderates auch zu viel verlangt, wenn wir uns alle in der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung steht, in die Einzelheiten dieses Stoßes an Papier einarbeiten könnten. Dazu bedarf es einer Lesezeit, die länger als ein paar Tage dauert.

Die Politik der Rathauskoalition bestimmt auch die Zahlen, die in diesem Voranschlag zu finden sind. Deshalb ist es keine Überraschung, wenn ich ankündige, dass wir gegen dieses Budget, mit Ausnahme der Ansätze für das Wohnungsamt, stimmen werden. Heute wird vom Finanzreferenten wieder das große Lied vom Sparen angestimmt, wurde ja schon angestimmt. Dieses Lied ist in Graz nicht neu. Seit ich im Gemeinderat bin, haben wir ein „Konsolidierungsbudget“ nach dem anderen erlebt. Nicht nur ein Finanzstadtrat hat hier gesagt, dass er schon Licht am Ende des Tunnels sehen würde. Und was ist das Ergebnis dieser „Konsolidierung“? Unsere Schulden steigen auf 1,25 Milliarden Euro an, im Jahr 2015 sollen es sogar 1,4 Milliarden werden. Auch beim Bund und bei Land wird angeblich gespart und trotzdem gibt es immer wieder höhere Schulden.

Was ist da los? Was steckt dahinter? Es gibt einen bekannten Spruch: „Geld regiert die Welt.“ Man kann diesen Spruch auch so übersetzen: Statt dass die Finanzmärkte den Menschen dienen, dienen die Menschen den Finanzmärkten. Die Mehrheit der Bevölkerung muss die Kosten der Krise zahlen, Banken und Konzerne machen auch jetzt noch große Profite. Wenn die Stadt Graz Kredite aufnimmt, dann gibt es immer auch jemand, der die Zinsen kassiert, die wir aus Steuergeldern dafür aufbringen müssen.

Man redet von der Wirtschaftskrise. Ich sehe aber eher eine Gesellschaftskrise, die dahinter steckt: Im Überfluss des Kapitalismus gibt es weltweit immer mehr Menschen, die hungern müssen und kaum über die Runden kommen. Umverteilung,

die gibt es nur von unten nach oben und nicht – wie es notwendig wäre und von der KPÖ immer wieder gefordert – von oben nach unten.

Deshalb gibt es unterschiedliche Gründe und Schicksale, warum immer mehr Menschen in Graz beim Sozialamt als Bittsteller anklopfen.

Das Stichwort Bittsteller, da kommt mir jetzt das passende Lied zur passenden Jahreszeit in den Sinn, das lautet: „Wer klopfet an?“ (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) „Oh zwei gar arme Leut! Was wollt ihr denn? Oh gebt mir Herberg heut! Oh durch Gottes Lieb wir bitten, öffnet uns doch eure Hütten!“ „Oh Nein, oh Nein“ usw., ich könnte euch die zweite und die dritte Strophe auswendig hersingen oder herunterlesen, weil ich habe oft genug bei den Krippenspielen in der Kirche mitgespielt und war die heilige Maria mit den schönen langen Haaren (*Applaus KPÖ*). Ich möchte wissen, wer von den jungen ÖVPlern das Lied auswendig kann so wie ich, der soll aufzeigen. Ich habe einiges mit der Kirche mit euch zusammen, ich gehe in die Kirche, und ich gebe dort auch in den Opferstock ein paar Münzen hinein, ich gebe bei den Messen in den Klingelbeuten ein Geld hinein, wie auch immer das, ob man das jetzt Spenden nennt oder Betteln nennt, ich weiß es nicht, wie man das sagt in der Kirche. Genau gebe ich einem, der auf der Straße sitzt, auch ein paar Münzen, ob das Betteln heißt oder Spenden, ich setze das immer mit der Kirche gleich, dort kriegst du was vorgesetzt, haltet einer die Hand auf und dort auch, also tut's nicht so als ob. Und die Antwort die letzte war dann „Oh nein, oh nein, wir lassen euch nicht eina“ und jetzt kommen noch die erbärmliche Gesellschaftskrise und die Milliardenpakete für den Euro dazu, so dass die Mittel für Barmherzigkeit fehlen.

Ich will hier keine Grundsatzdebatte anzetteln. Aber eine Sache dürfen wir nicht vergessen: Der Gegensatz zwischen Arm und Reich ist nicht nur in Amerika oder in der Dritten Welt zu sehen. Auch in Graz gibt es die Bilder von Wohlhabenden, die beispielsweise bei der Opernredoute vor den Fernsehkameras beweisen, dass Grazer Unternehmer nicht gerade am Hungertuch nagen. Und wir sehen ja Tag für Tag die

Bilder von Empfängen mit üppigen Buffets oder von Highlights oder von den Events, die ein Heidengeld kosten, wer auch immer sie bezahlt, sicher kein Steuergeld dabei. Das sei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern natürlich vergönnt, ich bin ja kein Neidhammel. Die Überbleibsel von den Buffets landen ja eh wahrscheinlich im Marienstüberl und bei den diversen Vinzi-Einrichtungen, wo Mann und Frau diese Speisen ganz sicher noch am nächsten Tag verehren können.

Diese Feststellungen haben mit dem Budget der Stadt sehr wohl etwas zu tun. Es ist nämlich so, dass immer mehr Menschen bei uns als Bittsteller anklopfen – ob das beim Sozialamt oder bei Stadträtin Kahr ist – aber dass die Mittel immer weniger ausreichen, um die Not zu lindern.

Würde die Umverteilung richtig funktionieren, dann wären die vielen Sozialeinrichtungen nicht so überlastet und überfordert. Das Ziel der Grazer Politik muss es aber sein, auf eine gerechtere Politik hinzuarbeiten. Deshalb wäre es ja so wichtig, wenigstens den gemeinsam beschlossenen Sozialpass, der noch in den Kinderschuhen steckt, für Menschen mit niedrigem Einkommen rasch einzuführen.

Graz ist mit seinen Licht- und Schattenseiten auch eine liebenswerte Stadt. Es lässt sich hier weit besser leben, als dies in manchen Medien und von einigen Parteien in diesem Haus während ihrer Kampagnen immer behauptet wird. Im nächsten Jahr feiern wir den 10. Jahrestag der Proklamation von Graz als Stadt der Menschenrechte. Damit verstehen wir uns als eine Vorzeigestadt, von denen es nicht viele gibt.

Menschenrecht: Das heißt für mich auch das Recht auf Wohnen.

Hier haben wir in den vergangenen Jahren einiges erreicht, es gibt aber auch auf diesem Gebiet noch sehr viel zu tun. Mit dem Ankauf des Areals der Hummelkaserne und dem neuen Kautionsfonds sind wir aber auf einem guten Weg und ich hoffe darauf, dass wir gemeinsam die großen Probleme bewältigen können, die uns durch die Kürzungen der Wohnbauförderung des Landes und durch die drohende Verschlechterung der Wohnbeihilfe auferlegt werden.

Das Recht auf Arbeit gehört ebenfalls zu den Menschenrechten. Wer keine Arbeit in unserer Stadt findet, sei es in Geschäften, Büros, Werkstätten und Fabriken, der ist oft unsichtbar. Werden auch diese Menschen vom Herrn Bürgermeister eingeladen werden, wenn die Feier „Stadt der Menschenrechte“ abgehalten wird? Oder werden nur Leute eingeladen, die auf die Butterseite des Lebens gefallen sind?

Zu einer lebens- und liebenswerten Stadt zählt für mich auch, dass man durch die Stadt bummeln und ohne Konsumzwang eine öffentliche Toilette benutzen kann, in welcher ständig eine Person anwesend ist, die für Ordnung und Reinlichkeit sorgt. Das soll aber bitte in allen öffentlichen Toiletten so sein. Das kostet nicht die Welt, würde aber eine Kulturhauptstadt auszeichnen. Das ist aber nicht der politische Wille – und daher ist das auch im Budget nicht vorgesehen.

Zu einer lebens- und liebenswerten Stadt gehört für die KPÖ auch, dass Parkwächter eingesetzt werden. Wenn die Ordnungswache künftig ausschließlich die Kontrolle des Grünraums im Auge haben sollte, dann wäre das eine positive Entwicklung. Man soll nicht sagen, dass die KPÖ immer nur kritisiert. Wir nehmen auch zur Kenntnis, wenn etwas Vernünftiges beschlossen wird.

Deshalb freue ich mich auch, vielleicht auch der Herr Gemeinderat Topf, dass die Post vor wenigen Tagen einen Briefkasten in der Triestersiedlung montiert hat (*Applaus KPÖ*). Es hat zwei Anfragen im Gemeinderat und eine gewisse Unterstützung durch die Medien gebraucht, weil sonst wäre das eh nicht zustande gekommen. Das Wichtige ist aber: Ein kleines, aber wichtiges Anliegen der Bevölkerung ist umgesetzt worden, das hat der Stadt Graz keinen Cent gekostet.

Aber ein anderer Wunsch ist noch nicht verwirklicht: Die Aufstellung von WC-Kabinen oder „Designer-Klos“ in Parkanlagen und öffentlichen Spielplätzen. Für City of Design hat man sehr viel Steuergeld übrig. Diese Initiative, die von vielen Kindern und Eltern begrüßt werden würde, droht am „Kleingeld“ zu scheitern.

Die Stadt braucht vor allem für ihre Jugend eine Sporthalle für alle mit leistbarem Benützungsentgelt. Die Stadt braucht noch sehr viele überdachte Wartehäuschen für

ÖV-Benutzer statt überdachter Radwege. Lassen wir die ÖV-Benutzerinnen und -benutzer nicht im Regen stehen, lieber Kurt.

Für viele Anliegen ist kein Geld da. Aber bei der Thalia stellt sich für die Gemeinderatsmehrheit die Frage der Finanzierung der Haftungsübernahme nicht. Das wurde schließlich ruck-zuck erledigt, obwohl viele Fragen offen waren und die Stadt 900.000 Euro für die Bühnen zur Verfügung stellen muss. Es ist ja nur um ein paar läppische Millionen Euro gegangen, das ist ja nicht gleich so.

Daran, was finanziell auf uns im Zusammenhang mit den Reininghaus-Gründen zukommen wird, wage ich erst gar nicht zu denken.

Sauer stößt es mir immer noch auf, wenn ich an den Innovationspark Puch denke. Dort gibt es noch immer jede Menge Freifläche für innovative Betriebe, die sich aber nicht und nicht einstellen wollen. Aber dafür sind ja so zukunftsweisende Einrichtungen wie ein Bierlager und das Puchmuseum vor Ort sehr innovativ, wie mir Stadtrat Rüschi als Antwort auf meine Frage mitteilte.

Die Verantwortlichen der Stadt sind immer ganz stolz, wenn es um Einsparungen beim Personal geht und sie glauben, mit dem Haus Graz eine Lösung für viele Probleme gefunden zu haben. Dabei zeigt sich schon jetzt, dass wir von der KPÖ mit unserer Kritik an diesem Ausgliederungskonzept nicht falsch gelegen sind.

Es pfeifen ja die Spatzen von den Dächern, dass es in diversen Abteilungen an Personal mangelt wie zum Beispiel im Referat barrierefreies Bauen, das personell unterbesetzt ist. Ein Ansuchen einer Dame mit Handicap um Aufnahme in den Magistrat liegt seit zirka drei Jahren im Mitarbeiter-Pool beim Bürgermeister. Zur Erinnerung, diese Dame wäre für die Arbeit in diesem Referat sehr wohl geeignet, doch das Amt kann sie nicht aufnehmen, weil dadurch das Eckwert-Budget überschritten würde. Seit Februar dieses Jahres warte ich auf die Antwort auf eine Anfrage. Auch diesen Fall führe ich auf Personalmangel zurück, übrigens Personal, da hat es jetzt einen Personalausschuss geben, da haben auch die roten Gewerkschaftler in diesem Ausschuss für den Dienstpostenplan zugestimmt, nur so nebenbei.

Dabei brauchen wir zusätzliches Personal, beispielsweise in den Kinderbetreuungseinrichtungen, wo durch das verpflichtende Kindergartenjahr neue Herausforderungen an die Beschäftigten gestellt werden.

Gespart wird auch bei diversen Vereinen und Organisationen. Diese wissen oft nicht, wie sie weiterplanen sollen. Die zuständigen Mitarbeiter wissen oft nicht, ob sie in einem halben Jahr noch einen Job haben werden. Diese sind zum Großteil nur über Werkverträge angestellt. Man kann sie mit Zeitarbeitern oder Leasingpersonal vergleichen. Und wenn man erfährt, dass die GVB jetzt schon Leiharbeiter für Gleisbauarbeiten sucht, dann sieht man, wo gespart wird.

Für mich ist das ein Zeichen für Personalmangel und ein Hinweis darauf, wo und auf wessen Kosten in der Stadt gespart werden soll.

Nicht gespart wird bei der sogenannten Graz Holding mit ihren drei Geschäftsführern und ihren genehmigten Gehältern und Verträgen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Für mich zeigt das nur, dass Geld genug vorhanden ist, es wird aber vor allem oben ausgegeben. Dafür werden die Tarife für den öffentlichen Verkehr erhöht. Das Volk wird sie eh zahlen die Gagen der Manager.

Die KPÖ lehnt die Erhöhungen der Kanal- und Müllgebühren ab. Wir wenden uns gegen die Erhöhung der Strom-, Gas- und Fernwärmetarife.

Zusammen mit den Belastungspaketen von Bund und Land kommt auf die Mehrheit der Bevölkerung im kommenden Jahr einiges zu. Und es ist nicht gut, dass die Stadt Graz sich so gar nicht von den anderen unterscheidet.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat: Es hilft wenig, wenn Sie mit dem Finger auf den Bund zeigen und sagen, dass die Stadt diesmal nicht die Ausfallhaftung für das Streichkonzert der Regierung übernehmen wird. Der Finanzminister Josef Pröll kommt ja nicht von der Bumsti-Partei, er ist Ihr eigener Chef in der ÖVP. Mir ist nichts anderes eingefallen.

Wir brauchen ein Umdenken in der Finanzpolitik. Das bedeutet: Schluss mit der Unterordnung unter die EU-Vorgaben.

Eine Umverteilung von oben nach unten ist notwendig: Wir brauchen ein Schuldenmoratorium für die Gemeinden. Es tut den Großkopferten nicht weh, wenn wir ein paar Jahre lang keine Zinsen für unsere Kredite zahlen.

Wir brauchen einen gerechten Finanzausgleich und die ersatzlose Streichung der Landesumlage.

Und wir brauchen eine Nahverkehrsabgabe der Unternehmer zur Finanzierung des Nahverkehrs und eine wirksame Besteuerung der Spielautomaten (*Applaus KPÖ*).

Zum Schluss: Alle reden von der Finanzkrise in der EU und anderswo. Dabei kassieren einige wenige gerade in der Krise ganz ordentlich. Die Kapitalisten sollten aber beim Verteilen ihres Vermögens dort ansetzen, wo die armen Leute sind, die keine Lobby haben. Machen sie es nicht, dann hätte die Politik die verdammte Pflicht, die ärmere Bevölkerung nicht mit Almosen abzuspeisen.

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Schloffer**: Ich darf es sagen, Sie nicht. Dieser Verpflichtung wird der Voranschlag 2011 nicht gerecht.

Jetzt möchte ich noch enden mit einem Leitspruch meiner Mutter, die hat immer gesagt: „Dirndl wast wos, Ungerechtigkeiten hat es immer gegeben, es gibt Zeiten, die wird es auch in Zukunft immer geben, da kann man nichts dagegen machen“, habe ich mir gedacht: „Mutter, ich schon.“ Ich schluck nicht immer alles, wie du geschluckt hast, ich tue nicht kämpfen, kämpfen ist ein schiaches Wort, aber ich will

mich dafür einsetzen in Zukunft weiterhin, dass es so wenig als möglich Ungerechtigkeiten auf der Welt und da hier in der Stadt Graz geben wird. Ich bin ein gebranntes Kind, aber ich bin kein Kind der Traurigkeit. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 11.05 Uhr den Vorsitz.

FPÖ

Gemeinderat Mag. Harald K o r s c h e l t

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Obwohl ich hier in der Vergangenheit schon öfter gestanden bin, ergibt sich für mich heute eine besondere Situation. Grundsätzlich betrachtet gehöre ich einer Minderheit hier in diesem Haus an. Zum einen als FPÖ - Politiker, wobei die Zukunftsaussichten diese Gruppe sehr positiv zu bewerten sind (*Applaus FPÖ*). Als Beweis kann ich nur die Wienwahl mit dem Sensationsergebnis unter H.C. Strache anführen.

Zum anderen bin ich Angehöriger einer Religionsgemeinschaft, nämlich der Evangelischen Kirche, deren Zukunft sich leider eher negativ gestaltet. So hat uns der Islam, zahlenmäßig betrachtet, schon überholt.

Heute gehöre ich aber endlich einer breiten Mehrheit an.

Redakteur Gerald Richter schreibt in der Kronenzeitung vom 24.11.2010, dass 92 % der Grazer sich zu folgendem Satz bekennen: „Ich lebe gerne in Graz!“ Zu dieser Gruppe gehöre ich auch. In seinem Artikel mit der Überschrift: 'Liebeserklärung an Graz' schreibt Redakteur Richter unter anderem:

„Die Landeshauptstadt hat viele gute Seiten, die manchmal zu kurz kommen - ganz ohne Kritik geht es aber nicht.“

So wollen wir es auch halten, wir können nicht versprechen, dass wir es in Zukunft besser machen werden, auf jeden Fall wollen wir es anders machen.

Vor uns liegt heute ein Budget mit 1.101 Seiten oder abgewogen 2,721 kg.

In Gold aufgewogen macht dies 93.108,02 Euro aus, in Silber aufgewogen 2.045,76 Euro, in Eisen aufgewogen macht dies 1,349 Euro aus. Falls jemand nachrechnen will, es handelt sich um den Stand vom 6.12. dieses Jahres.

Zwischenruf GR. Schröck: Was macht das in Blech?

GR. Mag. **Korschelt**: Blech ist gleich Eisen, würde ich sagen. Das Budget 2011 der Landeshauptstadt, das vor uns liegt, ist leider eine Fortschreibung der bundesweiten Budgetmisere und der Fehler der vergangenen Jahre. Natürlich ist uns Gemeinderäten bewusst, in welchem engen Korsett sich das Budget der Stadt Graz bewegt. Ziel muss es aber sein, dieses Korsett zugunsten der Stadt Graz zu lockern.

Die Freiheitlichen wollen und werden in Zukunft dafür sorgen, dass untersucht wird, wie es sich mit den sogenannten Pflichtausgaben verhält. Welche dieser Ausgaben sind uns vom Gesetzgeber auferlegt und welche hat die Mehrheit der Grazer Gemeinderäte durch braves Handaufheben hier abgesegnet und somit den finanziellen Spielraum der Stadt Graz eingeengt.

Wir haben aus freiheitlicher Sicht nun die Möglichkeit, uns von zwei Seiten dem Grazer Budget zu nähern und können uns erstens natürlich über die Voranschlagsstelle 16300 „Freiwillige Feuerwehr Graz, außerordentliche Gebarung“ unterhalten.

Meine persönliche Meinung wäre es natürlich, dass das außerordentliche Budget für die Freiwillige Feuerwehr Graz um 40.000,-- Euro auf 130.000,-- Euro zu erhöhen ist. Grundsätzlich sollten wir uns auch einmal unterhalten, ob die Diskussion, die hier im

Hause zum Budget geführt wird, überhaupt im Willen des Bürgers herrscht oder am Willen des Bürgers vorbei geht. Zur Stunde, um genau zu sein, Freitag, 15.00 Uhr, haben sich vier Bürger mit dem Budget beschäftigt, dies entspricht einer Quote von 0,00142 % der Grazer Gemeindebürger.

Wenn wir nun alle Fraktionen dieses Budget in den einzelnen Punkten durchdiskutieren würden, so würde die Budgetdebatte sicherlich erst am Heiligen Abend beendet sein.

Hier von mir einen kleinen Einschub oder ein kleines Ersuchen an den Finanzstadtrat, es wäre nett gewesen, Herr Finanzstadtrat, wenn du, so wie dein Vorgänger die in den Fraktionen Verantwortlichen für das Budget vor der Budgeterstellung beziehungsweise vor der Drucklegung zu einem Privatissimum eingeladen hättest und mit uns genauer das Budget durchgegangen wärst, das wäre nur ein kleiner Wunsch oder kleine Bitte an die Zukunft.

Wir von der freiheitlichen Seite haben uns dieses Budget also von der zweiten Seite angeschaut:

Für uns ist der aktuelle Voranschlag der in Zahlen gegossene Wille oder Unwille der schwarz-grünen Rathausmehrheit. Für die letzten interessierten Beobachter stellt sich vermutlich die Frage, ob dieses Budget der große Wurf ist, den Bürgermeister Nagl angekündigt hat oder ob es sich aus theologischer Sicht um die sieben Todsünden des Budgets handelt. Wenn man nämlich die sieben Todsünden semantisch betrachtet, lassen sich durchaus treffende Analogien zum schwarz-grünen Budgetentwurf ziehen.

1. Übermut

Trotz allgemeiner Sparappelle, unabhängig ob vom Bund, vom Land oder von den Gemeinden, steigt der Schuldenstand der Stadt Graz mit den Eigenbetrieben von 503 Millionen Euro auf 552 Millionen Euro, um 49 Millionen Euro oder satte 9,74 %.

2. Die Gier

Beim Bürger ist im Gegensatz dazu Sparen angesagt. Als triste Beispiele gelten hier die Einsparungen beim Behindertentaxi, beim Heizkostenzuschuss, beim Mobilitätsscheck und andere finanzielle Grauslichkeiten.

3. Ausschweifungen

Die dunkelgrünen Ideen der Frau Vizebürgermeister, die den Individualverkehr und die Situation der Wirtschaft in der Landeshauptstadt Graz in den roten Bereich bringen will, sind leider auch in diesem Budget ein fixer Bestandteil.

4. Vergeltung

Unserer Meinung nach ist dieses Budget nicht nach den Bedürfnissen der Bürger aufgebaut, sondern nach der Devise, wenn du meine Zielgruppe schädigst, dann soll auch deine Zielgruppe bluten. Als Paradebeispiel mag hier die neue Umfragenidee des Grazer Bürgermeisters herhalten. Man kann sich hier des Eindrucks nicht erwehren, dass es sich um eine geplante Revanche der ÖVP beim grünen Partner für dessen vermeintliche Schuld an der Wahlniederlage der Volkspartei bei den Landtagswahlen handelt.

5. Unmäßigkeit

Wie bei jedem Budget darf natürlich das Thema Subventionen in diesem Bericht nicht fehlen. Während über manche Vereine also das Füllhorn der Stadt Graz - manchmal sogar doppelt und dreifach - ausgeleert wird, stehen andere Vereine vor dem finanziellen Aus. Aus unserer Sicht haben sich auch die Koordinaten zugunsten von Vereinen verschoben, die sich nicht gerade durch besondere Inländerfreundlichkeit auszeichnen (*Applaus FPÖ*).

6. Eifersucht

Kühl lächelnd öffnet Schwarz-Grün die Tore des Hauses Graz, weigert sich aber beharrlich, auch die politischen Gewichte des Gemeinderates im Haus Graz

nachzubilden. Trotz Millionenzuschüssen an das Haus Graz bleiben der SPÖ, der KPÖ und der FPÖ nach dem Willen von Schwarz-Grün nur Zaungäste. Es herrscht die Devise vor, dass der Gemeinderat als Vertretung der Grazer Bürger zwar über das Budget seinen Beitrag am Haus Graz leisten soll, mitbestimmen darf aber nur die schwarz-grüne Mehrheit im Gemeinderat.

7. Ignoranz

Wie ein roter Faden - in diesem Fall ein grün-schwarzer Faden - zieht sich der alleinige Wille der Rathaus-Mehrheit durch das Budget. Viele Anträge der anderen Parteien hier im Hause werden auf diese Weise nicht einmal ignoriert. Beispielhaft sei nur das Stück A8/41291 zum Thema „Bezirkszentren“ erwähnt. Hier zählt also nicht das Interesse der Bürger im Budget, sondern der Wille der schwarz/grünen Rathausmehrheit.

Natürlich werden Sie von Grün-Schwarz sagen, es ist leicht zu kritisieren, wo hingegen Verbesserungen schwerer fallen. Ich darf Ihnen aber ein Beispiel aus jüngster Zeit vor Augen halten, bei dem die FPÖ gezeigt hat, dass wir bereit sind, Verantwortung zu tragen und Wahlversprechen einzulösen. Vor der Landtagswahl 2010 hat Dr. Kurzmann gefordert: „Weg mit den Umweltzonen“, nach der Landtagswahl 2010, als Landesrat, hat Dr. Kurzmann sein Versprechen in die Tat umgesetzt (*Applaus FPÖ*). Es gibt keine Umweltzonen in Graz. Dies soll nur als kleines Beispiel dafür dienen, wie wir Politik verstehen. So würden wir auch im Budget der Landeshauptstadt andere Schwerpunkte setzen und das Budget verstärkt am Bürgerwillen der Grazerinnen und Grazer orientieren.

Wie schreibt doch Chefredakteur Koller so treffend in den Salzburger Nachrichten am Montag, den 6. Dezember:

„Es geht darum, jahrelang verschleppte Reformen anzutreiben, die politische Lethargie zu beenden, einen Beitrag gegen den Verdruss an der Wahlurne zu leisten.“

Apropos Verdruss an der Wahlurne: Lassen Sie mich bitte drei Beispiele aus der jüngsten Zeit erwähnen, die gerade dazu beigetragen haben, den Verdruss an der Wahlurne zu erhöhen. Ich darf hier nur an den Jubel der ÖVP am Wahlabend der Landtagswahl erinnern, wo sich jeder politische Bewerber oder Mitbewerber gewundert hat, hier Hut ab vor dem Bürgermeister, der auch seine, und ich weiß, das ist sehr schwierig, auch seine Parteikollegen in die Schranken gewiesen hat. Zweites Beispiel: Überhaupt das Ergebnis der Landtagswahlen, hier wurde eine Mannschaft abgewählt, ich vergleiche es mit der Mannschaft einer Firma, wenn hier die Verkaufsergebnisse so schlecht sind, dann wird der Vorstand oder zumindest ein Teil des Vorstandes ausgewechselt. Dies war bei der jetzigen Landtagswahl nicht der Fall, sogar ein unter Führungszeichen „Vorstandsmitglied“ hat den Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden verlangt, sie sitzen nun wieder sehr kuschelig auf einer Regierungsbank vereint. Ob dies gerade dazu beitragen wird, den Verdruss an der Wahlurne zu mindern, möchte ich bezweifeln. Davon können wir Freiheitliche in diesem Budget nur sehr geringe Spuren feststellen.

Und das dritte Beispiel, hier greife ich auf die Bundeshauptstadt Wien zurück, den Abgeordneten Van der Bellen, der eine tolle Leistung vollbracht hat, dass er über 11.000 Vorzugsstimmen bekommen hat, sich aber dann geweigert hat, in den Wiener Landtag einzuziehen. Also Verdruss an der Wahlurne pur.

Aus den sieben angeführten Gründen, deren Anzahl nach oben hin offen ist, werden wir dem Budget 2011 natürlich mit zwei Ausnahmen, das eine ist die Geriatrie und das andere ist der Stadtrechnungshof, unsere Zustimmung versagen. Versagen werden wir auch diese Zustimmung, wie schon bei vielen Budgets in der Vergangenheit, das hier einen Vorgriff auf die Zukunft der jungen Bürger dieser Stadt macht. Wieder einmal belasten wir zukünftige Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt, die gerade mit dem Schreiben und Lesen beginnen. Wir treffen wieder einmal Entscheidungen für unsere Kinder und Kindeskinde, die sich aber leider nicht wehren können.

Aus unserer Sicht fehlt auch eine grundsätzliche Prioritätensetzung. Viele Luftballons werden nun innerhalb des Jahres wie neue Projekte zum Leben erweckt. Ich denke nur an die Gondelbahn über beziehungsweise neben der Mur, die überdachten Radwege, die Radwege bei der Messe, die scheinbar mit Gold gepflastert sind, und sogar ein neuer Stadtteil soll entstehen. Jedes Projekt hat natürlich eine Summe von Für und Wider für sich, aber leider muss auch jedes Projekt finanziert werden. Diese finanziellen Mittel müssen natürlich sich im Budget wiederfinden und aus Gründen der Budgetwahrheit und Klarheit sollte bei jedem Gemeinderat auch während des Jahres mehrmals die Alarmglocken klingeln.

Ich möchte keinem Stadtsenatsmitglied, weder dem Herrn Bürgermeister, noch dem Finanzreferenten, noch jedem meiner Gemeinderatskollegen den guten Willen absprechen, für Graz tätig zu sein und neue Projekte für Graz zumindest anzudenken beziehungsweise sogar zu verwirklichen. Aber jedes Projekt findet seinen Niederschlag in diesem und in den nächsten Budgets. Jedes Projekt, wenn es auch noch so schön und zweckmäßig ist, muss einmal erst finanziert werden.

Auch darf ich als langjähriger Bankmitarbeiter noch einen kleinen fachlichen Input einbringen. Bei aller Freude am Gestalten sollte nie auf die Finanzierung von Projekten vergessen werden. Zurzeit befinden wir uns in einer Niedrigzinsphase, und wie wir aus der Wellenbewegung der Zinskurve wissen, endet auch diese Niedrigzinsphase sicherlich bald. Leider hat aber niemand von uns eine Glaskugel, um genau sagen zu können, wann diese Phase zu Ende ist. Wenn wir also die Phase der Niedrigzinsen verlassen und uns langsam in die Phase der Hochzinsen begeben, dann wird es sehr schwieriger werden, auch zukünftige Projekte zu finanzieren.

Dies möchte ich nur als kleine Warnung für alle Budgetgestalter und alle Budgetverwalter verstanden wissen. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen sollten wir uns als Gemeinderäte nicht daran hindern lassen, für Graz tätig zu sein und den Auftrag

der Bevölkerung, die Lebensbedingungen in dieser Stadt so positiv als möglich zu gestalten, wahrzunehmen.

Dies alles muss aber unter dem Blickwinkel einer finanziellen Machbarkeit geschehen, die sich in jedem Budget beziehungsweise auch in diesem und im zukünftigen Budget wiederfinden soll.

Ich darf nun zum Schluss kommen und möchte mich sehr herzlich im Namen des FPÖ-Klubs bei den Mitarbeitern hier in der Stadt bedanken für ihre Tätigkeit, dass sie uns auch immer wieder mit Rat und Tat zur Seite gestanden sind. Wir waren natürlich als Opposition lästig und ich verspreche, wir werden es auch in Zukunft sein. Namentlich möchte ich mich auch bei zwei, es gibt sehr viele Mitarbeiter, bedanken, namentlich möchte ich mich aber zwei Mitarbeitern bedanken, der eine ist von der Magistratsdirektion bei der Frau Dr. Zwanzger und beim Stadtrechnungshofdirektor Dr. Riegler (*Applaus FPÖ*). Mein Dank gilt auch den zwei Mitarbeitern bei uns im Klub, der Frau Mölzer und dem Herrn Kollegen Eder, die uns auch immer wieder tatkräftig unterstützt haben. Bevor ich zum Abschluss komme, darf ich noch einmal ganz kurz, werde ich mir noch einmal erlauben, ganz kurz meine Rede zusammenfassen und zwar dies in Form eines Gedichtes:

„Es steckt im heutigen Budget
sehr viel Mühe, wie ich seh´.
Ein Zahlenwerk auf vielen Seiten
soll uns durchs neue Jahr geleiten.

Und doch, ich leg´ mein Wünschen offen,
steht für die Politik zu hoffen,
dass Sparsamkeit und Einsicht walten,
denn sonst bleibt leider all´s beim Alten.“

Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

BZÖ

Gemeinderat Georg S c h r ö c k

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne!

Nachdem der Herr Bürgermeister den Wunsch geäußert hat, dass ich jetzt auch dem Herrn Korschelt folge, der seine gute Rede mit einem poetischen Reim hier abgerundet hat, möchte ich antworten:

Zitternd blättert meine Hand,
durch den Grazer Schuldenstand,
ein Mensch, der solche Sorgen hat,
ist in Graz Gemeinderat.

Aber ich glaube, jetzt ist dann schon wieder vorbei mit der Freude beim Herrn Bürgermeister, weil jetzt kommen wir zum traurigen Teil, nämlich jetzt reden wir über das Budget. Wir durften aus den verschiedensten heimischen Medien in den letzten Tagen bereits viel über das Budget erfahren. Schlaglichtartig erlaube ich mir, auch noch einmal hier ein paar der wenigen Stilblüten der verantwortlichen schwarz-grünen Politiker wiederzugeben, die auch Stadtrat Rüschi heute in seiner Rede wiederholt bemüht hat.

Da gab der Bürgermeister und auch später der Stadtrat Rüschi in einer Pressekonferenz unter anderem zum Besten, dass der Pleitegeier mittlerweile unsere Stadt verlassen hätte, Stadtrat Rüschi sprach dann auch im Zusammenhang davon, dass im Budgetziel die schwarze Null bereits zu sehen sei, und die Vizebürgermeisterin komplettierte dann das Trio der Budgetexperten schlussendlich mit der Aussage, man habe dem Budget die Brutalität genommen.

Nun, ich sehe dann doch die Notwendigkeit, die vorweihnachtliche schwarz-grüne Beschaulichkeit ein bisschen hier zu stören und die Damen und Herren mit der brutalen Realität zu konfrontieren.

Weil, lieber Herr Bürgermeister, der Pleitegeier, den du bereits aus Graz vertrieben sehen möchtest, das ist der einzige Vogel, der seit der Regentschaft von schwarz/grün sogar unter Naturschutz gestellt wurde, und die schwarze Null, die der Stadtrat Rüschi sieht, die kann ich im Budget leider nicht entdecken, dafür vielmehr woanders in mehrfacher Ausführung sitzen. Und wenn dann die Vizebürgermeisterin behauptet, diesem Budget wären die Brutalitäten genommen worden, dann drängt sich dann doch der Verdacht auf, dass sie persönlich nicht weiß, was budgetäre Brutalität wirklich ist. Ich bin mir aber sicher: Sobald der Herr Bürgermeister letztendlich doch noch zum Schluss kommen wird, dass er an der Seite der Grünen nur weiter verlieren kann, wird auch unsere Vizebürgermeisterin und die Grazer Grünen persönlich erfahren, was politische Brutalität wirklich bedeutet. In diesen Aussagen spiegelt sich aber wieder einmal die Politik des Bürgermeisters und der ÖVP wider: Nicht das Erreichte zählt, sondern das Erzählte reicht.

Der heute zu beschließende Voranschlag für das Jahr 2011 geht natürlich mit sehr hohen Ansprüchen an den Start. Ob es allerdings wirklich gelungen ist, die oftmals angekündigte Zielsetzung, die geplante Budgetkonsolidierung 2013, zu erreichen, steht zu bezweifeln oder muss zumindest kritisch hinterfragt werden.

Ich sehe mich heute in dieser Budgetrede nicht nur als Vertreter einer Oppositionspartei, sondern auch aufgrund meines Alters auch als Exponent der sehr viel größeren Gruppe jener Personen, die in Zukunft die Folgen dieser jahrelangen kameralen Misswirtschaft ausbaden haben.

Genauso wenig wie der gegenständliche Entwurf geeignet ist die aktuelle wirtschaftliche Schieflage mit einem Mal zu beheben, liegt der Grund für die aktuelle

Misere nicht nur in den wirtschaftlichen Dispositionen der aktuellen Gemeinderatsperiode. Vielmehr schlagen wir uns hier mit den Folgen jahrelanger Misswirtschaft herum, die beginnend beim Bund ihren aktuellen Niederschlag in unserer Stadt gefunden hat.

Und ohne jetzt studierter Ökonom zu sein, lässt sich der Grund hierfür natürlich in einer einfachen und allgemein verständlichen Formulierung darlegen:

Die Stadt Graz hat über einen sehr langen Zeitraum einfach wesentlich mehr Geld ausgegeben, als sie durch Abgaben, Dienstleistungen und Finanzausgleich einnehmen konnte.

Noch einfacher formuliert, könnte man also sagen, dass unter Außerachtlassen einfachster wirtschaftlicher Grundsätze aus dem Vollen geschöpft wurde, ohne an die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen zu denken.

Nun heißt es also Sparen und den Gürtel enger schnallen. Gewiss ist an dieser einfachen Erkenntnis auch nicht zu rütteln. Wohl aber an der Art und Weise und vor allem, von wem uns die bittere Medizin verordnet und eingeschenkt werde.

Blicken wir also nur zwei Gemeinderatsperioden in die Vergangenheit und vergegenwärtigen wir uns, wer an den wesentlicher Position tätig war. Da gab es vorerst einen Bürgermeister aus den Reihen der SPÖ und einen Finanzstadtrat namens Nagl aus dem Kreis der ÖVP. In der darauffolgenden Periode sollte es zu einem direkten Abtausch dieser beiden Positionen kommen, die ÖVP stellte in Person von Mag. Nagl den Bürgermeister, während der finanzverantwortliche Stadtsenatsreferent, der mittlerweile geschasste Stadtrat Riedler, aus den Reihen der Sozialdemokratie kam.

In Zeitraum von 2003 bis 2008 erreichte der Schuldenstand unserer Stadt bis dahin unerreichte Höhen, ohne dass von dieser verantwortlichen Seite her wirksame

Einsparungsmaßnahmen ergriffen worden wären. Heute stehen wir leider mit dem Rücken zur Wand und dürfen über Maßnahmen abstimmen, die, hätte man die Vorzeichen früher erkannt, nicht derart drastisch ausgefallen wären.

Und deswegen wirkt es dann doch ein bisschen zynisch, wenn dann die Hauptverursacher dieses Beinahebankrotts nun den kollektiven Spargedanken propagieren und an die Einsicht der armen Bürger appellieren.

Und ich möchte auch die Damen und Herren der Sozialdemokratie hier erinnern, dass sie aus den Fehlern der Vergangenheit offensichtlich nur sehr wenig gelernt haben, denn wie sonst ist es denn zu erklären, dass ihre Stadträtin Schröck ihren sozialen Auftrag in dieser Stadt so interpretiert, dass sie im Cafè Sacher Hof hält, um im gediegenen Ambiente sozial schwache Mitbürger wie an einem Nasenring durch die Arena zu führen und dann noch der Überzeugung ist, mit dieser Maßnahme hilfreich gewesen zu sein, diese Frage sollten Sie sich wirklich stellen. Eine derartige Aktion wäre ihrer Vorgängerin Edlinger nicht einmal im Traum eingefallen, es wäre maximal ein Alptraum von ihr gewesen und ich sage Ihnen auch, unter dem Altvorsitzenden der SPÖ in Graz Riedler, der hätte das nicht einmal zugelassen.

Die Damen und Herren des Grünen Gemeinderatsklubs muss ich aus dieser Kritik partiell sogar ausnehmen, weil sie im angeführten Zeitraum in den entscheidungsrelevanten Positionen einfach nicht vertreten waren. Dafür holen sie in der aktuellen Gemeinderatsperiode Versäumtes fleißig nach und tragen ihrerseits wieder zur Verschlechterung der Situation bei.

Beginnend bei der Tatsache, dass sie der ÖVP und Bürgermeister Nagl als Steigbügelhalter für den Bürgermeistersessel gedient haben, waren die Grünen auch in der Folge bei vielen fragwürdigen Aktionen der Bürgermeisterpartei unkritische Erfüllungsgehilfen.

An Stelle der Erstellung eines Prioritätenkatalogs, der die notwendigen und gesetzliche verpflichtenden Ausgaben von jenen Investitionen trennt, die in der gegenwärtigen Situation hintanzustellen sind, verlieren sich die Grünen in Nebensächlichkeiten und werden aus wirtschaftlicher Sicht sogar zur Schikanepartei. Ich kann da ein paar Sachen aufzählen, was auf das Konto der Bürgermeisterstellvertreterin geht, wenn wir uns die Ausweitung der Grünen und Blauen Zonen sowie begleitende Gebührenerhöhungen für Kurz- und Dauerparktickets anschauen. Es folgte eine Verkürzung des Zeitraumes für Ladetätigkeiten in der Innenstadt und zuletzt gipfelte der grüne Einfallsreichtum auch darin, in der verhängten Wintersperre für Gastgärten eine umwelt- und energiepolitische Überlegung zu sehen.

Wer jetzt glaubt, die Damen und Herren von den Grünen hätten dafür den öffentlichen Verkehr gestärkt oder gar ausgebaut, wird bei näherer Betrachtung umgehend eines Besseren belehrt. Gleich nach Beginn der Amtsperiode als Bürgermeister-Stellvertreterin von Frau Rücker kam es zu einer deutlichen Erhöhung der GVB-Preise. Zusätzlich steht die Einstellung öffentlicher Linien aus Kostengründen im Raum. Eine erfolgreiche Bilanz sieht wahrlich anders aus.

Im Gegenzug dienten die Grünen der ÖVP als Mehrheitsbeschaffer, wenn es darum ging, eine Besetzung der Aufsichtsräte in stadtnahen Gesellschaften hier einen undemokratischen Verteilungsschlüssel in diesen Gremien herbeizuführen, indem man einfach die anderen Parteien hinausgeschmissen worden sind.

Man sollte meinen, dass die handelnden Personen aus der prekären finanziellen Situation unserer Stadt die geeigneten Schlüsse gezogen hätten. Aber leider ist diese Uneinsicht dieser handelnden Personen in der Tat wirklich grenzenlos. Anstatt die Aufsichtsratspositionen nach dem Wahlergebnis paritätisch zu verteilen und somit die größtmögliche politische Transparenz bei den notwendigen Entscheidungen zu erzeugen, hat sich die schwarz/grüne Koalition daran gemacht, andere Parteien zu entfernen, um bei der Entscheidungsfindung hier quasi unter sich zu mauscheln.

Die bisherige Erfolgsquote der schwarz/grünen Katastrophenregierung lässt für das neu geschaffene Haus Graz - ein ohnehin bereits aus der wirtschaftlichen Not geborenes Projekt - nichts wirklich Gutes vermuten.

Dieses Haus Graz, das uns der Herr Bürgermeister in sehr teuren Hochglanzbroschüren als den großen Wurf zur Konsolidierung der wirtschaftlichen Schieflage präsentiert hat, verdient natürlich in dieser Rede auch eine gesonderte Erwähnung. Da wird nämlich fleißig umstrukturiert, zusammengelegt und ausgelagert, um dann vermeintliche Riesenbeträge einzusparen.

Es hat beinahe den Anschein, als wären nicht die politischen Fehlentscheidungen sondern vielmehr die bösen Magistratsmitarbeiter schuld, dass es hier zu einem historischen Schuldenstand gekommen ist.

Es ist nichts einzuwenden, im Gegenteil, gegen eine Verschlankung von Strukturen, gegen eine Anpassung von Arbeitsprozessen und gegen eine kostenwirksame Prozessoptimierung öffentlicher Dienstleistungsbereiche. Allerdings sollten diese zur richtigen Zeit und auf breiter politischer Basis erfolgen. Als politischer Schnellschuss sind sie nämlich komplett fehl am Platze.

Überhaupt wurde diese Neuordnung der Organisationsstrukturen unserer Stadt nicht aus reiflicher Überlegung, sondern unter massiven wirtschaftlichem Druck geboren. Es handelt sich demnach nicht um strukturelle Dispositionen eines verantwortungsvollen Marktteilnehmers, sondern um die hypernervösen Reaktionen eines wirtschaftlich schwer angeschlagenen sich am Rande der Zahlungsunfähigkeit befindlichen Pleitekandidaten.

Nun werden zahlreiche Magistratsmitarbeiter kurzer Hand an die ausgelagerten Betriebe überstellt und somit der freien Marktwirtschaft überantwortet, auf deren Bühne unsere Stadtpolitiker bislang kläglich versagt haben.

Weitere Beleuchtung verdient sich der Begriff „Eckwert“, den Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi, in jüngerer Vergangenheit zum Allheilmittel der Budgetkonsolidierung auserkoren haben. Unter Zuhilfenahme dieses Instrumentes

sollen die einzelnen Abteilungen des Magistrates in die Sparverantwortlichkeit genommen werden, was, so wollen Sie uns glauben machen, in weiterer Folge auch zur Budgetkonsolidierung beitragen wird.

Wahrscheinlich ist dieses Instrument in einem eingeschränkten Rahmen auch durchaus tauglich, Kosten einzusparen, nur sollten wir uns nicht über einen anderen Sachverhalt hinwegtäuschen lassen.

Über den Eckwert lassen sich wohl Personalkosten und Sachaufwände in den Abteilungen steuern, nicht aber die Hauptbelastungsquelle unserer Stadt. Wenn aber im Rahmen der Außerordentlichen Gebarung für unnötige Phantasieprojekte, die wir auch vorhin schon gehört haben, Geld verschleudert wird und die Zinsbelastung der Stadt Graz damit wächst, dann wird die Eckwertreduktion das allein nicht abdecken.

Ich finde es auch sehr lobenswert, dass die gesammelte Stadtsenatsbank anscheinend schon über meine Rede diskutiert, aber es ist doch sehr störend, dieses ständige Gemurmel neben mir da zu hören. Zurück zum Eckwert: Zumal auf diese Weise das Personal des Magistrates Graz über den Eckwert die wirtschaftlichen Fehler der Politik tragen darf. Worunter in der Folge und bei weiteren Sparmaßnahmen natürlich auch die Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt massiv leiden werden.

Angesichts zahlreicher bereits erfolgter Gebührenerhöhungen und noch in Planung befindlicher Abgaben ein nicht weiter zu rechtfertigender Schritt. Die Grazer müssen mehr zahlen, erhalten auf lange Sicht aber weniger Service und kompensieren die politische Selbstverwirklichung einiger weniger Personen in dieser Stadt.

Womit die eingangs aufgestellte Behauptung, es handle sich bei den Sparaufforderungen von Bürgermeister Nagl um blanken Zynismus, einmal mehr untermauert wäre.

In der Vergangenheit wesentlich mitverantwortlich an der wirtschaftlichen Schieflage, nützt der Herr Bürgermeister diese nun, um zahlreiche Umstrukturierungen vorzunehmen, in deren Rahmen Schlüsselpositionen vorwiegend mit ÖVP-affinen Personen besetzt werden, während beim Personal wiederum der Rotstift angesetzt wird. Gespart wird damit in erster Linie bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Und wenn der Stadtrat Rüschi heute das Bild der Titanic gezeichnet hat und meint, das Schiff Graz sei nunmehr auf einen vermeintlichen Sparkurs gesegelt, dann ist das, so fürchte ich, dass der Bürgermeister weniger Kapitän dieses Schiffs als vielmehr der soziale Eisberg ist, an dem das Schiff Graz dann auch zerschellen wird.

Ich halte also noch einmal fest: Auf Seiten der unnützen Ausgaben wären zu verbuchen:

- die sündhaft teuren Variobahnen und die notwendigen baulichen Adaptierungsmaßnahmen
- ein Welcome-Haus ohne konkreten Nutzen
- ein Sportbad Eggenberg, das letztendlich keines ist
- ein bislang wirkungslos gebliebenes Projekt „City of Design“
- ein finanzielles Engagement der Stadt Graz bei den Reininghausgründen, um die Fehlplanungen eines privaten Investors zu kompensieren.

Die auf der anderen Seite im Gemeinderat beschlossene Reduzierung des Stadtsenates und des Gemeinderates ist natürlich eine nett gemeinte Willenserklärung, die wir auch unterstützt haben, muss aber allerdings zu deren Realisierung erst einmal durch den Landtag beschlossen werden. Wer sich aber an die jüngste Vergangenheit erinnert, die Vorgänge um die Auszahlung angeblicher Presseförderungen, die sich Volkspartei und Sozialdemokratie in bester großkoalitionärer Tradition der Vergangenheit zugeschanzt haben, der wird dann einige ernsthafte Zweifel an der Umsetzung dieser Maßnahme, die wir hier beschlossen haben, hegen.

Nehmen wir also zur Kenntnis, dass der aktuelle Voranschlag sicher durch sehr intensive Arbeit der zuständigen Mitarbeiter des Magistrates erstellt wurde. Ich bin

mir auch sehr sicher, dass dies mit größtmöglicher Sorgfalt und unter Einhaltung aller Formerfordernisse geschehen ist. Und ich möchte auch nicht anstehen, dafür an dieser Stelle recht herzlich zu danken. Ich bin überhaupt der Ansicht, dass die verantwortlichen Mitarbeiter in finanziellen Fragen der Stadt bessere Maßnahmen zu ergreifen wüssten als die handelnden Politiker.

Meine Damen und Herren, wir erleben in diesem Haus sehr, sehr oft, dass hier einige selbst ernannte Tugendwächter mahnend den Zeigefinger heben, wenn es darum geht, vor allem zwei Parteien in diesem Haus hetzerisches Verhalten vorzuwerfen und in ein Eck zu stellen, wo zumindest eine davon nicht hingehört.

Da werden dann historische Analogien bemüht, nur um mit der viel zitierten Faschismuskeule dann schwungvoll auszuholen. Und auch unser Herr Bürgermeister hat in letzter Zeit ganz schön tief in diesen Topf gegriffen, um sich sodann über den politischen Mitbewerber moralisch zu erhöhen. Wir haben die salbungsvollen Worte des Bürgermeisters anlässlich der Vorstellung der geplanten Moscheenprojekte in Graz noch sehr gut im Ohr.

Und ich denke, es ist in diesem Zusammenhang durchaus der Zeitpunkt gekommen, hier einige Ergänzungen zu präsentieren. Hätten Sie alle, wie Sie immer sagen, aus der Geschichte gelernt, dann wäre Ihnen nämlich nachfolgende Facette nicht unbemerkt geblieben:

Es ist natürlich kein Geheimnis, dass wirtschaftliche Stabilität, dass soziale Absicherung und dass Vertrauen in den Staat und in die Stadt und seine politischen Protagonisten die besten Abwehrmechanismen sind, um eine Verradikalisierung der Gesellschaft zu verhindern.

Wann und wo immer sich Gesellschaften politischen radikalen Ideen am linken wie am rechten Rand zugewandt haben, gehörten wirtschaftliche und politische Instabilität zu den wesentlichen Begleitumständen.

Mit finanzpolitischen Fahrlässigkeiten und politischen Mauscheleien zerstören wir nur die Zukunft sehr viel mehr, als Ihnen im Augenblick vielleicht allen bewusst ist.

Wenn es noch eines Beweises für mangelndes Vertrauen der Bürger in die Politik bedurft hätte, dann kann ich hierfür durchaus die Wahlbeteiligung bei den letzten Gemeinderatswahlen und Landtagswahlen heranziehen. Und daher stehe ich nun als Vertreter einer jungen Generation vor Ihnen und sage Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren der ÖVP, der Grünen und der Sozialdemokratie: Diese Politik der bürgerfernen Entscheidungen auf Bundes-, Landes- und vor allem Stadtebene sind ein wesentlicher, trauriger Beitrag zur Destabilisierung unserer Gesellschaft und ein sozialpolitischer Raubbau vor allem an den zukünftigen Generationen.

Die Hoffnung, dass die Volkspartei selbst für ein inneres Umdenken sorgt, die hege ich leider nicht mehr. Wenn ich mir anschau, welchen strengen Klubzwang hier teilweise der Piffli-Percevic führt, um hier als verlängerter Arm des Bürgermeisters Kolleginnen und Kollegen der ÖVP zum Klatschen und Abstimmen zu bewegen, auch wenn sie selbst mit ihren Überlegungen ganz andere Erkenntnisse hätten.

Beweis dafür war nicht nur die mediale Beschwerde über diese Tatsache einige mutiger Gemeinderäte aus ihren eigenen Reihen, danke noch einmal dem Kollegen Kvas dafür, sondern auch die mediale Selbstdarstellung im Zuge der verlorenen Landtagswahl, die der Kollege Korschelt schon so treffend angeführt hat. Als hier einige ÖVP-Funktionäre noch spontane Lustigkeit demonstrierten und in die Kameras lachten und grölten, als die Wahlniederlage schon längst feststand und der Herr Pröll schon wieder gschamig im Auto nach Wien gesessen ist.

So wird es leider wohl auch heute sein, wenn schwarz-grüne Mehrheitsbeschaffer ein Budget beschließen und dann noch frenetisch feiern, von dem sie genau wissen, dass es ungerecht, dass es unsozial und nur den eigenen Parteiinteressen dienlich ist. Vielleicht stellt sich der eine oder andere aus Ihren Reihen - hoffentlich nicht erst am Ende der politischen Karriere – dann die ernsthafte Frage: War das, was ich getan und mitbestimmt habe, das Beste für diese Stadt, oder war es einfach nur das Beste für meine Partei? Danke.

Parteilos

Gemeinderat Mag. Gerhard M a r i a c h e r

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher auf der Galerie!

Eingangs gilt es für jedes Vorhaben und für jede ernsthafte und seriös betriebene Angelegenheit zu erkunden und festzuhalten, welche Ziele verfolgt werden, woran man sodann diese Zielerreichung messen und damit die Einhaltung der zugrundeliegenden Absicht prüfen kann. Ich weiß, dass ich damit bei einigen der anwesenden Gemeinderäte im strengen Widerspruch stehe, nämlich bei jenen, und das ist aufzeigbar, denen auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger nichts zu teuer ist. Unzweifelhaft ist, und da weiß ich mich aus Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern im Einklang, dass es das zentrale Anliegen einer realen Stadtverwaltung ist, das Dasein und die Zukunft der eigenen Bürgerinnen und Bürger zu sichern, kurz-, mittel- und langfristig. Aber woran erkenne ich denn nun, ob die gedachten Überlegungen zum vorliegenden Budgetansatz 2011 der Rathauskoalition diesem Grundsatz entsprechen? Demgemäß habe ich das Budget anhand folgender Positionen hinterfragt.

1: Wie geht es den Familien, den Kindern und Jugendlichen? Wie geht es den SeniorInnen und den bereits Hilfsbedürftigen, und hier allen voran, können Paare Familien wunschgemäß gründen und sich ihren vorhandenen Kinderwunsch leistbar erfüllen, geschweige denn die Kosten einer gebotenen guten Ausbildung der Kinder sicherstellen? Ich denke, die Statistik zeigt es uns, es klemmt massiv.

Betreffend die Kinder und Jugendlichen: Werden Leistungsorientierung und Bildungszielerreichung sowie Disziplin unterstützt? Die Pisa-Studie hat ein Desaster offenbart. Wie geht es den Senioren in Graz? Wurden deren Wünsche und Sorgen abgeholt oder verliert sie die Politik und die Verwaltung zu Hauf, besonders wenn die Not unauffällig ist, aus den Augen? Not bei Alten ist bei vielen ein Faktum. Ich denke

an Ausgleichszulagenbezieher unter den Pensionisten. Und wie wird mit den bereits Hilfsbedürftigen umgegangen? Die neue Regress-Idee der ÖVP-Landesrätin für die Pflegekosten leuchtet hell auf, wie ein gewaltiges Belastungsschwert am Horizont.

2: Wie geht es all jenen, die in Arbeit und Brot stehen und fleißig Steuern und Abgaben zahlen und jenen, die immer noch beziehungsweise neu einen Job suchen? Wer zu den Normalen zählt, bleibt leider oftmals auch bei der AMS aus den Augen.

3: Wie geht es denen, die sich selbständig unternehmerisch betätigen? Reichen die Maßnahmen der Wirtschaftskammer, der Abteilung 15 und der in Graz beheimateten SFG aus, bei den Kleinstunternehmen geht es oft, bei großen klemmt es aber massivst. Aber warum siedeln sich dann kaum neue namhafte Arbeitgeber in Graz an, ja warum? Aber interessiert es wen wirklich in der Stadtregierung? Sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Graz für Neugründungen deutlich schlechter als in vielen Gemeinden? Etwa aus Graz-Umgebung? Wird Graz zunehmend zur Wohn- und Schlafgemeinde? Ein bisschen sinnieren, ein bisschen künstlerisch und Design, das war es, leider Gottes.

4. Wie steht es um die Umwelt, Strom und Heizung, das Transportwesen und die Mobilität? Und ebenso wichtig, wie steht es um unsere Sicherheit für Leib und Leben sowie für Hab und Gut? Die geographische Beckenlage dient vielen dazu, nichts zur Verbesserung der Umweltsituation in Graz zu tun, Placebo-Maßnahmen werden gesetzt. Mehr als dumpfes Trommeln gegen den Verkehr ist auch nicht gegeben. Die Straßen werden nicht vom Staub gereinigt, denn so lässt sich besser der "schwarze Peter" den Autofahrern umhängen. Der Hausbrand wird als politisch unkorrekt nachrangig thematisiert. Bei den Öffis tut sich zwar etwas, aber deren Kosten sind im Verhältnis zur Leistung inadäquat hoch. Allein, wenn ich bedenke, dass man vor wenigen Jahrzehnten noch mit der Tram, der Straßenbahn um den Schloßberg fahren konnte oder bis nach Gösting und mit dem E-Bus nach Straßgang, dann zeigt es mir, dass der öffentliche Verkehr auch schon bessere Zeiten gesehen hat. Strom und Heizung. Möglicherweise gerade zusammen der essentielle Beitrag zur Umweltverbesserung in Graz in diesem Bereich. Es löst gerade blanke Heiterkeit bei mitdenkenden Bürgerinnen und Bürgern aus, wenn Urwald-Platitüden rund um den

mehr oder minder Wildwuchs beiderseitig der Mur erhalten müssen, um das Grazer Murkraftwerk zu verhindern. Denn seit der Murregulierung im 19. Jahrhundert entstand eine völlig neue Landschaft aus zweiter oder gar dritter Hand. Da ist bei uns nichts mehr mit Naturlandschaft wie etwa in der Hainburger Au zu sehen. Aber wenn Linke und Grüne in die Tasten greifen, dann kommt überwiegend eine faktenferne Argumentation zustande. Blanker Besitzstandswahn und Populismus, und sonst nichts. Betreffend Sicherheit für Leib und Leben und Hab und Gut. Wie man mich aus zentraler Stelle der Sicherheitsdirektion in Graz informierte, ist die Situation in unserer Stadt nicht so arg, wie in den Zeitungen beschrieben. Nein, es ist viel ärger. Denn in der Zeitung steht aufgrund vermeintlicher political correctness nur ein Bruchteil jener täglichen Verbrechen, die passieren. Wenn mittlerweile angeraten wird, nächstens die Jakoministraße zu meiden, ebenso den Volksgarten, den Stadtpark und den Metahofpark, jeweils samt näheren Umgebung, dann haben wir offenkundig No-Go-Areas mitten in unserer Stadt. Einzig ein paar unbelehrbare Multi-Kulti-Freunde finden das cool. Und wie ist die Vernetzung der Stadt Graz nach außen? Mit dem Land Steiermark und dem Bund ist diese meiner festen Überzeugung nach völlig ineffektiv, der Stellenwert der zweitgrößten Stadt Österreichs ist unzulänglich repräsentiert, was die Interessenlage bei Gesetzes und Verordnungen betrifft und insbesondere auch beim Finanzausgleich. Mut und Erfolg sehen anders aus. Mit den Umlandgemeinden leiden wir nach wie vor unter dem Fluch, dass ausgerechnet 1938 die Stadt Graz eingemeindet und vergrößert wurde. Aber was hindert uns, heute das Richtige zu tun, nämlich einen Kommunalverbund „Großraum Graz“ zu schaffen? Dieser ist überfällig. Denn die geradezu obszönen Ausgabeneldorados zum Beispiel in Raaba oder Seiersberg, die aus der Anrainerschaft zu Graz und aus deren Aufwendungen und Funktion allerhöchsten Nutzen ziehen, sind abzuschaffen beziehungsweise ihrerseits in die Pflicht zu nehmen und

6. und das steht gewissermaßen außerhalb dieser Reihenordnung, wie steht es mit einem ausgeglichenen Budget? Zum Beispiel die Frage, ist es nicht Piratentum auf Kosten der Zukunft, die derzeit herrscht, in dem einfach mit diesem Budget die Kinder und Kindeskindern belastet werden? Eine Deckungsgleichheit wird nur im ordentlichen

Budget hergestellt, aber nicht im Bereich der Investitionen, die sind sämtliche kreditfinanziert. Wenn das Geld zur Neige geht, allerspätestens dann muss man sich fragen, was man noch besser und noch preiswerter machen kann, woraus man sich wegen mangelnder Effizienz oder gar mangelndem Bedarf zurückziehen soll beziehungsweise muss und wo ich da und dort gar die Zügel sehr ernsthaft anziehen muss. Wer sich aber nicht fragt, der kommt nie auf solche Peinlichkeiten.

Was ist in der Verwaltung der Stadt Graz denn die Realität? Für persönliche Eitelkeiten ist nichts zu teuer, aber wenn es sich via Steuergeld ausrichten lässt, ich denke mit Schaudern und Grausen an Kunsthaus und andere Verirrungen der Vorgänger, Stingls Erben lassen leider auch da im heutigen Budget noch grüßen.

Ein besonders pikantes Beispiel ist der Versuch der Stadionverwaltung, dem SK Sturm die Kosten zu verdoppeln, und sich noch dazu 20 Tickets in bester Lage plus sechs VIP-Karten auszubedingen, ganz aktuell, ja für wen und für was sind denn diese Karten? Und überhaupt warum? Aber das ist ein signifikantes Beispiel, wie die Moral bereits völlig abhanden gekommen ist und offenkundig nicht mal vermisst wird. Anstatt herzugehen und zu analysieren, wie man die Kosten halten, wenn dann nur im zwingenden Ausmaß erhöhen und wo immer möglich gegebenenfalls auch kooperativ mit den Mitarbeiter mäßigen kann. Geht es denn überhaupt noch peinlicher als in diesem Fall?

Personalvertreter raunen mir in launiger Stunde zu, dass sie eh über die angeblich knapp 700 nicht zwingend erforderlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadt Graz Bescheid wissen, aber sich förmlich einen feuchten Kehricht darum scheren, was das den Grazer Haushalt kostet. Na ich schätze einmal nach erster Berechnung so 200 bis 250 Euro per anno. Dass die Stadtregierung es nicht schafft, dieses Mitarbeiterpotential produktiv einzusetzen und damit die finanzielle Last von den Grazerinnen und Grazern zu nehmen, ist weiterhin blamabel. Moral wird eben nie vom Verlierer vermisst. Obige Reihung ist bewusst gewählt und ist nach der Lebensbedeutung unserer Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet. Der Punkt 5 zum Budget hat eine Sonderposition.

Nun, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gestalten sich positiv. In und vor allem auch außerhalb Österreichs. Der Handel boomt, er steht vor einem Rekord bei Weihnachtseinkäufen, beim Weihnachtsgeschäft, die Automobilindustrie verkürzt ihre Betriebsferien über Weihnachten und Neujahr, Kurzarbeit gibt es fast keine mehr, es werden zusätzliche Schichten eingeführt, der Arbeitsmarkt ist bereits spürbar entlastet, viele UnternehmerInnen und vor allem auch international aufgestellte Konzerne schreiben für 2010 neuerlich satte Gewinne, die Steuereinnahmen sprudeln wieder kräftig. Das K-Wort für Krise ist eindeutig passe, wenngleich die Ursachen auf die nationalen und internationalen Finanzmärkten nicht gelöst worden sind.

Der neue Wirtschaftsboom wird von der Stadt Graz nicht genutzt, um Schulden zu senken oder Rücklagen für ertragreiche Investitionen zu bilden. Der eingetretene neue Wirtschaftsboom, der auch an spürbar steigenden Preisen für Rohstoffe, etwa für fossile Brennstoffe, erkennbar ist, zeigt, welche Versäumnisse, unzureichende Kapazitäten bei Entwicklungen Einsatz von Ökostrom und Biotreibstoffen etwa oder einmal positiv formuliert große Herausforderungen auf unser Land und auf Graz bestehen.

Wenn selbst von manchen politischen Kräften ein Murkraftwerk in Graz verhindert werden soll, wird klar, wie schwer ein Kampf und ein Weg ist, um auch nur einen Bruchteil der Energie aus Atomkraft und fossilen Energieträgern aus regenerativen Energien zu ersetzen.

Wer E-Mobility in Graz will, muss klar und deutlich sagen, woher der Strom denn kommen soll.

Meine Damen und Herren! Wer im Bereich des Verkehrs eine spürbare Entlastung der Grazer Luft inklusive einer möglichen Reduzierung der Feinstaubanteile anstrebt, muss eine mittelfristige Durchdringung des Kfz-Fuhrparks in Graz von zumindest 15 % im Auge haben. Alles andere darunter würde nicht nennenswert gesundheitsfördernd wahrgenommen werden. Und für den Betrieb muss die erforderliche Energie in Form von Strom großteils erstmals noch geschafft werden. Auch hierfür ist aus seriöser bürgerlicher Sicht das Murkraftwerk in Graz unverzichtbar.

Grünes Blendwerk zum Trotz, Murkraftwerk und E-Mobility sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Aber auch im Bereich der Wärmeerzeugung ist ein weiteres Umdenken der Bürgerinnen und Bürger erforderlich, ebenso wie ein Nachjustieren der Energiepolitik der Stadt Graz. Wenn die Preise für die CO₂-Zertifikate steigen, und das wird erwartet, dann wird auch die Fernwärme etwa aus dem Versorgerkraftwerk in Mellach, das mit Steinkohle, Erdgas und Klärschlamm betrieben wird, ich denke hier vor allem an die Mieterinnen und Mieter, nicht mehr wirtschaftlich erschwinglich sein.

So geht es nicht: Mietern eine Fernwärmeanschlusspflicht zu verordnen und sie mit einer zu teuren Energie zu versorgen. Den Grazerinnen und Grazern soll behördlich ein alternativer Energieeinsatz nicht untersagt oder auch nur behindert werden. Vor allem sollte nachgedacht werden, wie der zunehmende Wald, der auch von den Land- und Forstwirten immer stärker als Energiewald erkannt wird, nutzbringend als Ressource für Einzel-, Gemeinschaftsfeuerungsanlagen oder gar lokale Kraftwerke in Graz eingesetzt werden kann. Sie sehen an diesem Beispiel, es gilt einen Paradigmenwechsel herbeizuführen auf allen Ebenen, um Dasein und Zukunft unserer Stadt Graz zu sichern.

Durch eisernes Sparen und Haushalten, durch Senkung der Abhängigkeiten von den Energieträgern aus dem Ausland mittels Einsatz von Wasserkraft, Biomasse, Photovoltaik etc., durch Ansiedelung neuer Unternehmer mit qualifizierten Fachkräften, durch „Bildung für alle“, durch Hilfe zur Selbsthilfe, durch Erhalt und Wiederherstellung unsere einzigartigen Identität unserer Stadt Graz, durch Transparenz der Entscheidungsgrundlagen und der Entscheidungsfindung.

Zukunft muss auf einem starken Fundament an Geschichte oder Identität aufbauen. Sehen wir uns doch um: Graz hat in den vergangenen Jahren deutlich an Substanz, an Identität eingebüßt. Wohnghettos, die totale Überfremdung in mehreren Bezirken, Drogenhandel im Wohngebiet, etwa im Volksgarten, Sigmundstadl, die fast komplette Aushöhlung der Grazer Innenstadt von traditionellen Grazer Geschäften, und auch durch Abrisse von Bauten im oder am Rande der Grazer Altstadtsschutzzone. Für alle diese Fragen fehlen seitens der Grazer Stadtregierung politische Konzepte,

die greifen. Was tut etwa die Stadt Graz aktiv und präventiv, um erhaltenswerte geschichtlich bedeutende Bauten in Graz zu erhalten? Hat die Stadt Graz nichts aus den Totalabrissen, etwa des Kommodhauses oder des Kastellhofes gelernt, fragen sich viele Grazerinnen und Grazer. Wie unterstützt die Stadt Graz Eigentümer von alten und kulturell geschichtlich möglichst zu bewahrenden Gebäuden durch fachkundige Beratung und finanzielle Unterstützung, um dem gegenüber Neubauten wesentlich höheren Erhaltungsaufwand, etwa durch Nässe in den Grundmauern bei alten Gebäuden auch nur teilweise zu kompensieren? Ist denn nicht ein bedeutender Teil der Einnahmen aus dem Tourismus und auf den Grazer Flair zurückzuführen, zu dem unsere Bauten in Graz doch erheblich beitragen? Wo sind etwa die aktiven Schutzmaßnahmen der Stadt Graz zur Rettung des Geburtshauses von Alexander Girardi in der Leonhardstraße, damit dieses Haus nicht durch mangelnde Obsorge dem Verfall preisgegeben wird?

Wie jemand mit der Geschichte in Graz umgeht, zeigt, wie ernsthaft und wahrhaftig dieser um die Zukunft von Graz bemüht ist.

Zur Zukunft von Graz gehört es aber auch, hier und jetzt, auch für eine ausreichende soziale Absicherung zu sorgen. Die in den letzten Jahren explodierenden Sozialkosten können jedoch nicht einfach so hingenommen werden. Dabei sind die bestehenden Förderungen zu durchforsten, ungerechtfertigte Mehrfachbezüge abzustellen und die Vergabe von Leistung an Trägerorganisation nach Durchführung einer Ausschreibung an den Bestbieter zu vergeben. Was jetzt per Vergaben an Trägerorganisationen reihenweise im Sozialwesen stattfindet, ist wirtschaftlich zum Schaden der Grazerinnen und Grazer, weil hier bewusst auf Kosten und Preissenkungen im Rahmen eines Wettbewerbesprozesses verzichtet wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Linksparteien von KPÖ und Grünen, Ihnen sei gesagt: Wenn wir nicht aufpassen, dass Sozialleistungen nur jene bekommen, die diese benötigen und wenn vor allem nicht Sorge dafür getragen wird, die benötigten Leistungen durch Trägerorganisationen sparsam, effizient, wirtschaftlich und zweckmäßig anzubieten, dann werden uns die Sozialausgaben noch stärker als erforderlich davongaloppieren. So, dass uns der Atem wegbleibt.

Sozialleistungen sind darüber hinaus viel stärker als bisher auf den Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ auszurichten. Viele den Sozialausgaben zugrunde liegende Gesetze sind in der Hand des Bundes. Aber ich denke, dass die Position der immerhin zweitgrößten Stadt Österreichs so groß ist, um entsprechende Initiativen auch in Wien im Nationalrat zu setzen, um hier eine Verbesserung für die Gemeinden und hier im Speziellen für Graz zu erreichen.

Was hindert eigentlich unsere Sozialstadträtin Schröck, hier in Wien ordentlich auf den Tisch zu hauen und Grazer Interessen zu vertreten? Diese Frage hängt auch sehr stark im Zusammenhang mit der Transparenz der Grazer Politik zusammen. Fördert die Stadt Graz die Kommunikation und Interaktion mit den Bürgern in der Weise, dass diese sich ernst genommen und in die Politik eingebunden fühlen? Reichen immer noch gepflogene Aushänge im Rathaus oder Verweise auf Berichte auf der Webseite der Stadt Graz, die vielfach gerade von der älteren Bevölkerung nicht gelesen werden oder kaum gelesen werden? Nein, ich sage, die Stadt Graz benötigt einen neuen Zugang in der Kommunikation auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern. Setzen wir hierzu auch dementsprechende Initiativen, etwa indem den Mieterinnen und Mietern Information und Anhörungsrecht im Bauverfahren gegeben wird. Selbst wenn das anfangs nur ein zeitlich befristetes Projekt sein sollte, das im Anschluss evaluiert wird. Aber beginnen wir, setzen wir jetzt die Zeichen der Vernunft und echter Bürgereinbindung. Hierzu ist auch die Öffnung der Gemeinderatssitzung und gegebenenfalls auch der Stadtsenatssitzungen ein approbates Mittel. Die Direktübertragung der Gemeinderatssitzung ins Internet ist für sich alleine schon eine längst überfällige Angelegenheit, die Regierungskoalition blockiert das.

Unsere Bürger wollen unverblümt sehen, wer in Graz Initiativen setzt, wer arbeitet und wer schläft. Wenn 2011 keine bedeutenden Akzente hier gesetzt werden, und solche sind nicht sichtbar, ist der Stadtregierung nicht mehr zu helfen.

Wenn die Grazer Rathäuser undurchsichtig bleiben, werden Wikileaks und selbige für ungeschönte Transparenz sorgen, das verspreche ich Ihnen. Die Zukunft für Graz wird sich auch entscheiden, ob es gelingt die Wirtschaft, Handel, Gewerbe, Industrie und Dienstleistung erfolgreich auszubauen. Im Bereich der Industrie ist die Situation

in Graz durchwachsen. International erfolgreichen Betrieben stehen jene gegenüber, die Graz verlassen, etwa die Firma Roche.

Die Grazer Stadtregierung schafft es auch nicht, einer entsprechenden Verschuldung zu begegnen, sie schafft es lediglich, den freien Fall etwas zu bremsen. Doch die Budgetmisere setzt sich ungehindert fort. Und für weitere unterjährig noch zur Entscheidung anstehende Investitionen, zum Beispiel die Errichtung einer Mehrzweckhalle, Ankäufe von Grundstücken für Unternehmungen des Hauses Graz, sind keinerlei Rücklagen vorhanden, noch werden solche gemäß des zur Beschlussfassung vorliegenden Budgetentwurfes gebildet.

Auf einen Punkt möchte ich noch näher eingehen, auf Immobility und Autocluster. Es ist absolut notwendig, dass wir uns auch in Zukunft als Autostadt Graz sehen, um hier überhaupt Förderungseinrichtungen nach Graz zu bekommen.

Aus all diesen Gründen kann ich als unabhängiger Gemeinderat diesem vorliegenden Budgetvoranschlag keinesfalls meine Zustimmung geben, denn ungeachtet der leider nur lauen Bemühungen, und da denke ich an dich, lieber Sigi, als Bürgermeister, und Herrn Stadtrat Rüschi, die aus meiner Sicht weit mehr Potentiale haben, als sich hier in diesem Budget widerspiegelt. Ich denke, dieser Budgetentwurf entspricht dem Kreis der Prasserei und des Piratentums auf Kosten unserer Nachkommen, das ist evident und der erforderliche und gebotene Paradigmenwechsel in der Politik fehlt. Das heißt, das hier vorgelegte Budget ist keine Zukunftssicherung, sondern eine bloße Fortsetzung von Gewohnheiten und daher ganz grundsätzlich abzulehnen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren auf der Zuhörergalerie begrüße ich einen ehemaligen Kollegen, den Klubobmann Gemeinderat Sepp Milla sehr herzlich (*allgemeiner Applaus*). Ich darf jetzt, wie angekündigt, die Gemeinderatssitzung unterbrechen, es ist jetzt 12.15 Uhr, wir setzen um 14.15 Uhr wieder fort und darf dann auch gleich ersuchen, dass der noch offene Verfassungsausschuss auch parallel dazu gleich im Stadtsenatssitzungssaal zu tagen beginnt.

Unterbrechung des Gemeinderates von 12.15 bis 14.25 Uhr.